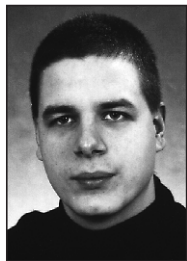


Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormalig «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen Werbepreis Fr. 3.- / Jahresabo Fr. 45.- Erscheint monatlich Nr. 6 Juni 2001 36. Jahrgang

Weniger Rechte für junge Schweizer?



Patrick Blöchliger, Gemeinderat SD, Zürich

Vor zwei Jahren musste ein Zürcher Quartierverein die politischen Parteien um einen Beitrag zur Finanzierung der Jungbürgerfeier angehen. Die Stadt hatte

kein Geld für die Schweizer Jugend.

Von den Politikern, die an der Feier zugegen waren, suchte kaum einer das Gespräch mit den Jungbürger/-innen. Wer dies aber tat, bekam bald Klagen zu hören, dass die Jungtreffpunkte im Quartier von Cliques junger Ausländer (v.a. vom Balkan) dominiert würden. Schweizer werden ausgegrenzt, beschimpft und nicht selten auch bedroht oder gar gewalttätig angegangen. Junge Frauen gehen nicht mehr hin, weil sie ständig auf plumpste Weise angemacht und bedrängt werden.

Damit auch die Schweizer Jugend wieder Begegnungsorte erhält, reichte ich kürzlich (Anmerkung

der Redaktion: Patrick Blöchliger, SD, ist Zürchs jüngster Gemeinderat) eine Motion zur Schaffung von einem bis zwei

Jugendtreffs für Schweizer/-innen

ein. Das geriet den Regierungspolitikern in den falschen Hals. Prompt wurde behauptet, die Motion verstosse gegen das «Antirassismogesetz». Erst nach einem längeren Hin und Her wurde sie zwar für zulässig erklärt, in einem amtlichen Papier aber als «problematisch» bezeichnet. Es bestehe die Gefahr, dass Ausländer die neuen Jugendtreffs nicht besuchen könnten. Kein Problem sahen dieselben Regierungspolitiker bei der Subventionierung eines

«Treffpunkts schwarzer Frauen».

Dafür war – anders als bei der Jungbürgerfeier – auch Geld vorhanden. Zuwanderer aus exotischen Ländern haben offenbar mehr Rechte als die Schweizer Jugend. Man merkt: Alle Menschen sind gleich, Einwanderer ein bisschen «gleicher» als Schweizer ... Hatte etwa jener Nationalrat doch recht, der einmal behauptete, der Antirassismus-Paragraf sei ein «Anti-weiße-Gesetz»? Das wird sich bald zeigen, wenn mal ein paar einheimische Frauen den besagten Afro-Treffpunkt besuchen wollen. Welch

eigenartiges Verständnis von «Rechtsgleichheit»

und Demokratie der Zürcher Regierungsfilz hat, beweist auch sein Versuch, eine Initiative der Schweizer Demokraten für ungültig zu erklären. Diese lautet wie folgt:

«Die Gemeindebehörden wachen darüber, dass Zürich eine schweizerisch geprägte Stadt bleibt. Sie räumen im Rahmen des übergeordneten Rechts den Bedürfnissen der Schweizer/-innen den Vorrang ein.» Die Behörden sollen also ihre Politik auf die Kultur und die Bedürfnisse der Einheimischen ausrichten, Ausländer müssen sich anpassen. Was da verlangt wird, ist überall auf der Welt selbstverständ-

Démocrate  Suisse
Pages 13–15

Sonderdruck 25'000 Ex.
(Illnau-Effretikon,
Schlieren und Dietikon)

Bravo: Iren streuen Sand ins EU-Getriebe

Mit 54 Prozent lehnt die irische Bevölkerung überraschend deutlich den Vertrag von Nizza ab. Damit hatte kaum jemand gerechnet, denn ähnlich wie beim Militärgesetz standen die Regierung, sämtliche grossen Parteien, die Gewerkschaften und die Medien hinter diesem Vertragswerk. Jetzt wird aber der Fahrplan für die Ost-Erweiterung der EU kräftig durcheinandergewirbelt. Ohne die Zustimmung der irischen Bevölkerung wird der Vertrag von Nizza nicht in Kraft treten, weil ihn alle 15 bisherigen EU-Länder ratifizieren müssen. Doch ohne diesen Vertrag gibt es keine EU-Osterweiterung.

Annahme des Militärgesetzes:

SD wollen Bundesrat beim Wort nehmen

Die Schweizer Demokraten (SD) bedauern die äusserst knappe Annahme der Revision des Militärgesetzes. Nachdem Bundesrat und befürwortende Kreise im Abstimmungskampf stets darauf hingewiesen haben, dass die Neutralität – d. h. die Nichtparteinahme in internationalen Konflikten – bei Annahme der Vorlagen gewährleistet sei, dass die NATO-Unterstellungsfähigkeit der Schweizer Armee ein Hirngespinnst der Gegner sei, die Milizarmee gewahrt bleibe und die Ausbildungsvorlage lediglich eine kleine Vereinfachung der heutigen Ausbildungszusammenarbeit bedeute, sind der Bundesrat und die Parlamentsmehrheit nun beim Wort zu nehmen. Sollten diese Versprechen allerdings nicht eingehalten werden, so muss die bevorstehende Totalrevision des Militärgesetzes abgelehnt werden. Die SD behalten sich die Unterstützung des Referendums ausdrücklich vor.

SD-Geschäftsleitung

1.-Mai-Ausländerkrawallanten!

Am 1. Mai ist es in Zürich wieder zu links-extremistischen Krawallen gekommen. Der Schwarze Block hat abermals zugeschlagen. Darunter waren sehr viele «Secondos», also Jugendliche der sogenannten zweiten Generation. Während mehreren Stunden lieferten sich die Polizei und die Secondos ein Katz- und Maus-Spiel. An den eigentlichen Ausschreitungen nahmen hauptsächlich junge Ausländer teil. Aber das wurde in den internationalistisch gesteuerten Medien verschwiegen... Laut Bundesrat sind Zweitgenerationler gut in unserem Land eingelebt und sollten darum bei uns eingebürgert werden!

Inhalt

- 2 Raum für die Schweizer Jugend
- 3 Es tobt der Ethno-Krieg
- 4 Vorsicht SVP-Falle
- 6 Einladung zur 1.-August-Feier
- 7 DV der Schweizer Demokraten in Basel
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 10 Leben und Umwelt
- 12 Der Leser hat das Wort

lich. Nirgends sind In- und Ausländer gleichgestellt. Nur uns Schweizer/-innen will man mit allen Mitteln eine «multikulturelle Gesellschaft» aufzwingen. Ein Volk und eine Kultur können aber nicht überleben, wenn sie im eigenen Land die Zügel aus der Hand geben. Niemand darf uns das Recht nehmen, wenigstens an der Urne zu entscheiden, ob wir in einem Völkergemisch untergehen wollen. Mit «Rechtsgleichheit» hat das gar nichts zu tun. Das Anliegen der Initianten kann ohne weiteres im Rahmen der Verfassung verwirklicht werden.

In Zürich und auch in Bern regiert eine Politikerkaste, welcher der Beifall fremder Machthaber wichtiger ist als der Einsatz fürs eigene Volk. Bei den Schweizer Demokraten können Sie dazu beitragen, dass sich etwas ändert, bevor es endgültig zu spät ist!

Raum für die Schweizer Jugend!

In vielen Quartieren Zürichs sind die jungen Schweizerinnen und Schweizer gegenüber der Einwandererjugend in der Minderheit. Jugendtreffpunkte werden von Cliquen junger Ausländer dominiert. **Schweizer werden oft ausgegrenzt, beschimpft und nicht selten sogar bedroht oder gewalttätig angegangen.** Junge Frauen gehen nicht mehr in Jugendtreffs, weil sie ständig auf plumpste Weise angemacht und belästigt werden.

Vor einiger Zeit musste ein Quartierverein die politischen Parteien um einen Beitrag zur Finanzierung der Jungburgerfeier angehen. **Die Stadt hatte für die Schweizer Jugend kein Geld!**

Damit auch die einheimische Jugend wieder einen Begegnungsort erhält, wo sie nicht ständig an die Wand gedrängt wird, hat **der jüngste Zürcher Gemeinderat, Patrick Blöchlinger (SD)**, im Parlament eine Motion für die Einrichtung von einem bis zwei **Jugendtreffs für**

Schweizer/-innen eingereicht.

Das geriet den Regierungspolitikern in den falschen Hals. Prompt wurde behauptet, die Motion verstosse gegen das «Antirassismus-Gesetz». Erst nach einem längeren Hin und Her wurde sie zwar für zulässig erklärt, aber in einem amtlichen Papier als «problematischer Vorstoss» bezeichnet. Kein Problem sah der Regierungsfiz hingegen bei der Subventionierung eines «**Treffpunkts schwarzer Frauen**». Dafür war auch Geld vorhanden. **Zuwanderer aus exotischen Ländern haben offenbar mehr Rechte als junge Schweizerinnen und Schweizer...**

Hatte etwa jener Nationalrat doch recht, der einmal sagte, der «Antirassismus». Paragraph sei in Wirklichkeit ein «Anti-Weisse-Gesetz»? Welch **eigenartiges Verständnis von «Rechtsgleichheit» und Demokratie** die Regierungsparteien haben, beweist auch ihr Versuch, eine Initiative der Schweizer Demokra-

ten ungültig zu erklären. Diese lautet wie folgt: **«Die Gemeindebehörden wachen darüber, dass Zürich eine schweizerisch geprägte Stadt bleibt. Sie räumen im Rahmen des übergeordneten Rechts den Bedürfnissen der Schweizer/-innen den Vorrang ein.»** Die Initiative verlangt damit, was überall auf der Welt selbstverständlich ist. Nur uns Schweizer(inne)n will man mit allen Mitteln eine «multikulturelle Gesellschaft» aufzwingen.

Ein Volk und eine Kultur können nicht überleben, wenn sie im eigenen Land die Zügel aus der Hand geben.

Helfen auch Sie mit, dem Multikulti-Fimmel der Regierungsparteien eine Abfuhr zu erteilen – der Schweizer Jugend zuliebe!

Schweizer Demokraten (SD)

Skandalös: Stadtrat will Volksabstimmung verhindern!

Im Dezember 1998 reichten die Schweizer Demokraten (SD) die städtische **Volksinitiative «Die Schweizerinnen zuerst!»** ein. In die Gemeindeordnung der Stadt Zürich soll folgende Bestimmung eingefügt werden:

«Die Gemeindebehörden wachen darüber, dass Zürich eine schweizerisch geprägte Stadt bleibt. Sie räumen im Rahmen des übergeordneten Rechts den Bedürfnissen der Schweizerinnen und Schweizer den Vorrang ein.»

Die Initiative verlangt damit, **was überall auf der Welt selbstverständlich ist:** Die Behörden sollen ihre Politik auf die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung ausrichten. **Ausländer haben sich der hiesigen Kultur anzupassen, nicht die Schweizerinnen derjenigen der Zuwanderer!**

Doch genau das will der **Stadtrat** nicht. Hartnäckig **versucht** er, uns Schweizer/-innen **eine «multikulturelle Gesellschaft» aufzuzwingen.** Nach seinen Vorstellungen sollen sich die Zuwanderer vom Balkan, aus Asien, Afrika usw. nicht anpassen, sondern ihre mit unseren Sitten und Gebräuchen nicht verträgliche Kultur bei uns einpflanzen. **Auf keinen Fall wollen unsere «Stadtväter und -mütter» das Volk darüber abstimmen lassen, ob es in einem solchen babylonischen Kultur-Wirrwarr leben will.** Darum möchten sie mit einer fadenschei-

nigen Begründung die Initiative ungültig erklären.

Weder das Bundes- noch das kantonale Recht schreiben Zürich eine multikulturell orientierte Politik vor. **Wir sind nicht verpflichtet, uns von einer Flut nicht assimilierbarer Zuwanderer aus immer exotischeren Ländern kolonisieren zu lassen!**

Wir müssen z.B. nicht hinnehmen, dass ganze Wohnsiedlungen gezielt mit Ausländern gefüllt werden. Ebenso wenig müssen wir einfach dulden, dass Schweizerkinder in ihren Schulklassen in die Minderheit versetzt werden und ins Hintertreffen geraten, weil ein normaler Lernfortschritt kaum mehr möglich ist. **Wir Schweizerinnen haben ein Menschenrecht, nicht im eigenen Land zu Fremden zu werden!**

Die Stadtbehörden hätten viele Möglichkeiten, die Überfremdung einzudämmen. Doch sie lassen uns SchweizerInnen ganz bewusst im Stich.

Auch Sie können dazu beitragen, dass der multikulturellen Trümmerei von Estermann & Co. ein Ende gesetzt wird: mit der Initiative «Die Schweizerinnen und Schweizer zuerst!», und natürlich im März 2002 mit Ihrer Stimme für die Schweizer Demokraten (SD)

JSD -Standpunkt

Dani, wir danken Dir!

Kritik zur Fohrlers-Live-Sendung vom 30. Mai 2001

«Gewalt unter Jugendlichen»: Unter diesem verheissungs- und verhängnisvollen **Motto** wurde in der TV 3-Talkshow «Fohrlers Live» zum x-ten Mal versucht, **Jugendgewalt zu thematisieren, in der Hoffnung, irgendwann würden diese Bestrebungen tatsächlich gewaltlose Früchte tragen.**



Dass dem nicht so ist und wohl niemals so sein kann, verdanken (multikulturelle) Gesellschaft und gut-bezahlte Jugendpsychologen und -arbeiter gewaltverherrlichenden Früchtchen wie dem ersten Studio-gast, den Dani Fohrlers geladen hatte. Dieses Subjekt namens OSMAN, welches so ziemlich alle lächerlichen, negativen und zutiefst kindlichen Klischees vom bösen Ghattobuben in sich vereinigte, bestätigte auf wundersame Art und Weise die Vorurteile vieler Schweizerinnen und Schweizer gegenüber potentiell gewalttätigen Ausländern.

Es ist müssig, die volle Stunde Sendezeit an dieser Stelle Revue passieren zu lassen, zumal sie in ihren Ansätzen zur vernünftigen Argu-

mentation seitens einiger Diskussionsteilnehmer immer wieder durch Provokationen und persönliche Beleidigungen des bereits erwähnten «Schnuderbuebs» unterbrochen wurde. Einerseits beging die verantwortliche Redaktion den schweren Fehler, solche halbkriminellem Schwachsinnigen (neben Osman erhielt ein anderes süd-europäisch-orientalisches sozialinkompatibles «Prachtstück» die Gelegenheit zur Selbstdarstellung) überhaupt am Fernsehen gewähren zu lassen; andererseits sind die Jungen Schweizer Demokraten hochofren über die gelungene Zurechtrückung der Wahrheit in Bezug auf die fürchterlichen Verhältnisse gerade im Zusammenhang mit der Gewaltkriminalität von jugendlichen Ausländern. Typen wie dieser Osman, die jede noch so bedeutungslose Situation zum Anlass nehmen, gleich eine Schlägerei zu provozieren, haben das Bleiberecht auf Schweizer Boden verwirrt und sollten umgehend in ihr Heimatland abgeschoben werden. In diesem Sinne danken die JSD Dani Fohrlers für die (ungewollte) Blosslegung der wirklichen Zustände in unserem Land.

JSD-Pressedienst



BUCH ECKE

Das Buch

«Biopolitik»

unseres **Redaktionsmitgliedes Dr. med. Jean-Jacques Hegg** ist erschienen!

Wissenschaftliche, insbesondere biopsychosozialische Hintergründe zu politischen Diskussionsgründen um Überfremdung, angeblichen Rassismus, migrationsbeding-

Fortsetzung Seite 3

Einbürgerung trotz Abweisung!

In Zürich wollte eine Gemeinde an den Kanton den Antrag stellen, dass abgewiesene Asyanten nicht eingebürgert werden dürfen. Mit 56 zu 49 drang der Antrag nicht durch, SP, Grüne, AL, FraP und Liebe und Nette der Bürgerlichen sagten Nein! Nun können also weiterhin Personen eingebürgert werden, deren Ausweisung nicht vollzogen werden kann... (Foltergefahr, Rückkehr nicht zumutbar infolge Krieg oder Einreiseverweigerung des Heimatstaates).

In jedem Falle sind die echt Verfolgten, die kaum in unser Land fahren können, und alle anständigen Schweizer die Dummen! Darum sollte der ganze Asylleerlauf ausgemistet werden. Laut UNO muss jeder Verfolgte im nächsten, regulär regierten Staate Antrag stellen! Da unsere Nachbarländer alle geordnete Zustände haben, müssten wir gemäss UNO keinen einzigen Asylbewerber aufnehmen. Alle Zentren und das ganze Bundesamt könnten geschlossen werden, denn spätestens müssten die angeblich Verfolgten in Italien, Frankreich, Österreich oder Deutschland ihren Antrag stellen! Basta!



«Gangs reden lieber mit den Fäusten»

Es tobt der Ethno-Krieg

Es war im Jahre 1984, als ein kleiner unbekannter Filmemacher namens Mehdi Charef, seines Zeichens Sohn einer algerischen Immigrantenfamilie in Frankreich, das interessierte Publikum mit einem autobiographischen Werk aus seiner Adoleszenz beglückte. «Der Tee im Harem des Archimedes», so der Titel des beeindruckenden Films, erzählte die dramatische Geschichte einer turbulenten Freundschaft zwischen einem Franzosen und einem Algerier, die sich beide in einem heruntergekommenen Pariser Vorort (Banlieu) mit Kleinkriminalität und regelmässigen Prügeleien durchs Leben schlagen. Damals war man als unbefangener Schweizer Bürger entsetzt über die Visualisierung des Problems, das die Verrohung der Gesellschaft in einer eindrücklichen Art und Weise transparent machte und das vor allem für hiesige Verhältnisse als kaum nachvollziehbar erschienen war. Heute jedoch ist der Tee im Harem des Archimedes längst brutale Wirklichkeit geworden, zumindest innerhalb von sozial spannungsgeladenen «Banlieus» von Schweizer Städten. Im Falle des Seeländer Hauptortes Biel kann man schon von einem regelrechten Epizentrum der interkulturellen Ausschreitungen sprechen, sind gerade in Biel zahlreiche Angehörige verschiedener Ethnien beheimatet. Die Exponentialentwicklung der Bieler Multikultur zeichnet immer wieder verantwortlich für Gewalt zwischen vorwiegend ausländischen Jugendbanden oder aber – was selbstverständlich von der Tagespresse geflissentlich verschwiegen wird – für gewaltsame Übergriffe von fremdethnischen Kriminellen gegen Schweizer Jugendliche.

Der «rechtsradikale» Nimbus

Entsprechende Vorfälle sind in Städten wie Biel beinahe an der Tagesordnung, wie gute Informa-

tionsquellen aus dieser Region buchstäblich hieb- und stichfest belegen. Auffällig ist, dass, wenn die Presse über Tätlichkeiten in diesem Rahmen berichtet, den einheimischen Beteiligten pauschal ein rechtsradikales Mäntelchen umhängt, ohne überhaupt die individuellen Vorfälle vorher genauestens zu überprüfen.

Dabei wissen sowohl Justiz als auch Presse haargenau, in welchen Fällen eindeutig von völlig unbegründeten Provokationen seitens aufmüpfiger Albaner, Türken etc. ausgegangen werden kann und in welchen nicht.

Erstere sind von einem Anstieg in den letzten Jahren kaum verschont worden, während Letztere zwar selten in Erscheinung traten, medial jedoch umso bombastischer und hysterischer aufgemacht wurden; die Hexenjagd gegen alles vermeintlich «Rechtsradikale» im Laufe der vergangenen rund 24 Monate war und ist Beweis genug.

Konsequenz des Ethno-Kriegs

Die rapide Gewaltspirale im Bereich der multi- und interkulturellen Zusammenwürfelung hat folglich – rein operativ gesehen – absolut nichts mit neonazistischen Tendenzen zu tun; im Gegenteil! Die vorwiegend unter ausländischen Banden exerzierten «Ethno-Kriege» sind ihrerseits von einem sehr ausgeprägten Rassismus getragen und lehnen sich stark an das Beispiel Los Angeles, wo sich Weisse, Schwarze und Latinos (südamerikanische Emigranten) seit Jahrzehnten gegenseitig die Hölle heissen machen. Dass gerade Schweizer Jugendliche, die seit ihrer Kindheit tagtäglich mit diesen widerwärtigen Situationen konfrontiert werden, plötzlich eines Tages die Föhnfrisur durch einen Milimeter-Schnitt ersetzen, kann nun wirklich nicht mehr verwundern.

Alexander Nyffenegger, Bern

Bekämpfung der Gewalt

Die Schweizer Demokraten (SD) verurteilen uneingeschränkt jede Form von Gewalt gegen Personen und gegen Sachen, gleichgültig, aus welchem Motiv sie verübt wird. Politisch motivierte Gewalttaten dürfen in einem Rechtsstaat nicht hingenommen werden. Das Gewaltmonopol liegt ausschliesslich beim Staat, der deshalb wieder in die Lage versetzt werden muss, die Freiheit und Unversehrtheit seiner Einwohner zu gewährleisten. Für politisch motivierte Gewalt gibt es keine Legitimation, gleichgültig, von welcher Seite des politischen Spektrums sie verübt wird. Politisch motivierte Gewalttaten sind daher ohne jegliche Einschränkungen oder Verkürzungen auf Teile des politischen Spektrums zu verurteilen.

Keine Instrumentalisierung der Gewalt

Mit Besorgnis beobachten die Schweizer Demokraten, dass vermeintlich und tatsächlich rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten in der Schweiz instrumentalisiert werden, um die heimatstreuen Kräfte aus dem politischen Diskurs zu verdrängen oder ihnen zumindest schwer zu schaden.

Keine Tabuisierung der Zuwanderung

Die SD wenden sich dagegen, das Thema «Ausländer» und «Zuwanderung in die Schweiz» vor dem Hintergrund der aktuellen Kampagne erneut zu tabuisieren. Die Behauptung, Kritik an der Massenzuwanderung diene politischen Gewalttätern als willkommenes Stichwort, läuft auf die Tabuisierung eines für die Zukunft der Schweiz existentiellen politischen Themas hinaus. Die SD werden daher auch in Zukunft ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit in Anspruch nehmen und auf die gravierenden Fehlentwicklungen hinweisen, die eine ungewollte und unregulierte Zuwanderung in die kleine Schweiz mit sich bringt.

Keine Verkürzung auf «rechtsextreme Gewalt»

Die SD wenden sich mit aller Schärfe gegen den von Medien und Linksparteien erzeugten Eindruck, Gewalt sei eine typische Erscheinungsform «rechtsextremer Gesinnung». Richtig ist, dass die Gewaltkriminalität insgesamt in der Schweiz ein beängstigendes Mass angenommen hat. Insbesondere verurteilen die SD die Verkürzung der laufenden Diskussion über Gewalt in der Gesellschaft auf

Fortsetzung Seite 4

SD 

Schweizer Demokraten

Fortsetzung von Seite 2

te Bevölkerungskonzentration, Bevölkerungsdichte und Umwelt sowie Gentechnik. Über sie erfährt der Bürger unter dem Druck der «political correctness» selten etwas! Das Buch bildet eine Fundgrube für wissenschaftlich abgesicherte Argumente in der Debatte gegen Globalisten, Internationalisten und Multikulturalisten! Der Verfasser, von Beruf Psychiater, ehemaliger Gemeinde-, Kantons- und Nationalrat, Redaktor der Seite «Leben und Umwelt» hat es ohne selten verwendete medizinische Fachausdrücke geschrieben, so dass es auch für gebildete Laien gut lesbar und verständlich ist.

Biopolitik

Der Mensch in der Zerreihsprobe zwischen Alt- und Neuhrn

Hans Erpf, Bern/München 2001; 411 Seiten, 2 Abbildungen, Paperback, Fr. 44.–, ISBN 3-905520-88-5 Erhältlich im Buchhandel, beim Verlag (Edition Hans Erpf, Postfach 6018, 3001 Bern) oder beim Verfasser, Dr. Jean-Jacques Hegg, Greifenseestr. 35, 8600 Dübendorf, erhältlich.

Fortsetzung von Seite 3

«rechtsextreme Gewalt», weil dies von zahlreichen Ursachen der Gewaltentstehung ablenkt. Die SD verurteilen den Versuch, im Rahmen einer Kampagne «gegen Rechts» den unzutreffenden Eindruck zu erwecken, dass Gewalttaten nur oder überwiegend aus einer nicht näher definierten «rechten Gesinnung» verübt würden.

Keine Aufwertung von Linksextremisten

Mit Empörung nehmen die Schweizer Demokraten zur Kenntnis, dass im gleichen Mass, wie konservative Strömungen in der Schweiz insbesondere durch die Medien gesellschaftlich «geächtet» werden, linksextremistische Kräfte unter dem Sammelbegriff «antifaschistischer Widerstand» politisch aufgewertet werden und mehr dem «demokratischen Lager» zugerechnet werden.

Gewaltkriminalität eindämmen

Gewalt ist kein «rechtes» Phänomen. Die Gleichsetzung von Gewalt und «Rechts» dient ausschliesslich der Stigmatisierung des politischen Spektrums rechts der Mitte. Die Schweiz sieht sich seit Jahren mit einem deutlichen Anstieg brutaler Gewaltkriminalität konfrontiert, innerhalb derer «rechtsextremistische Gewalt» einen verschwindend kleinen Anteil einnimmt. Diese Feststellung soll keineswegs rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten relativieren, sondern belegen, dass es einer ge-

meinsamen Anstrengung aller gesellschaftlichen Institutionen bedarf, um den besorgniserregenden Anstieg der Gewaltkriminalität einzudämmen.

Gewaltzunahme erörtern

Daher fordern die SD dazu auf, dass sich alle gesellschaftlichen Institutionen zu einer Initiative mit dem Ziel zusammenschliessen, die Gewaltkriminalität in der Schweiz, der immer mehr Bürgerinnen und Bürger zum Opfer fallen, zurückzudrängen. Wer Gewalt nur bestimmten, politisch nicht genehmten Gruppierungen zuschreiben will, der verharmlost die in der Schweiz schwelende Gewaltproblematik auf unverantwortliche Art und Weise. Die SD fordern zudem eine offene und ohne Tabus geführte Erörterung sämtlicher Ursachen für die Gewaltzunahme in der Schweiz. Nur so könnten Möglichkeiten zu deren effektiver Bekämpfung gefunden werden.

Gewaltdarstellung ausblenden

Die SD fordern eine umfassende Diskussion über die gesellschaftlichen Ursachen von Gewalt. So darf beispielsweise der negative Einfluss von Gewaltdarstellungen in Medien, vor allem auf junge Menschen, nicht ausgeblendet werden.

Ferner ist dem offensichtlichen Werteverlust durch eine Bildungspolitik entgegenzuwirken, die dem jungen Menschen die Bedeutung von Heimat, Tradition, Familie und Kultur deutlich macht und damit identitätsstiftend wirkt.

Politclown Schlingensiefs neue Idiotie

«Neo-Nazi»-Vorführung mit Hamlet-Inszenierung

SD. Kulturbetrieb im Zeichen grenzenlosen Schwachsinn im Züricher Schauspielhaus: Christoph Schlingensiefel, von Zeitgeistlichen verhätschelter Berufsprovokateur, führt einen «Naziline.com»-«Hamlet» auf und alkoholgeschwängerte «Skinheads» als «aussteigewillige Neonazis» aus Deutschland vor. Die Schickleria ist verückt: «Um sie und andere aus dem braunen Sumpf zu holen», habe Schlingensiefel die Initiative ergriffen, «Neonazis wirtschaftliche Integration statt Ausgrenzung» anzubieten. Zürichs Intendant Christoph Marthaler schwärmt, die Narretei gebäre «wichtige Denkanstösse».

Widerwärtige Spezies

«Kacken, kotzen, onanieren.» Von seinen Bühnen-Aufführungen werde genau das erwartet, lässt der Akteur wissen. Der Auftritt seiner Darsteller verspricht Gewünschtes. Begeistert berichtet die Journaille: «Nach der Nummer auf dem Bahnhof in Zürich konnte Jürgen nicht mehr einfach abhauen. Es gab Fotos, Fernsehbilder. Er hatte sich vorführen lassen als Prachtexemplar einer widerwärtigen Spezies: Nazi aus Deutschland. Mit ein paar Gesinnungsgenossen in die Schweiz importiert, um am Schauspielhaus in einer «Hamlet»-Aufführung des Skandalregisseurs Schlingensiefel mitzuwirken.» «Sensationsgeilheit» peilt der Polit-Narr darüber hinaus an: Neben der Inszenierung auf der Bühne wirbt sein Ensemble mit Strassenaktionen für ein Verbot der SVP. Zudem bezeichnet der Meister der Anmassung das Umfeld des Eishockeyschweizermeisters Zürcher Schlittschuhclub (ZSC) als «faschistoid».

Zweckbestimmter Irrsinn

Polit-Clown Schlingensiefel versteht

sein «Handwerk» des Verars ... , der Verblödung und des Täuschens. Denn seine «Neo-Nazis» sind «künstlerisches» Produkt: Statt der per Internet gesuchten «Nazis» aus Berlin und Brandenburg fand sich eine obskure NRW-«Connection» eines Düsseldorfers namens Lemmer vor dem Premierepublikum in Zürich ein. So musste man zur Kenntnis nehmen: «Der einzige Berliner ist gar kein Nazi, sondern ein martialisch aussehender Schauspieler, der den echten Rechten zeigen soll, wie man echte Rechte spielt. Die Requisite hat Baseballschläger herangeschafft. Hakenkreuze bestimmen das Bühnenbild. Alles so dick aufgetragen, dass es noch der letzte Zahnarzt im Publikum versteht.»

Ausflug in den Wahnsinn

Angesprochen auf seine Falschspielertruppe meint Provokateur Schlingensiefel: «Ich bin ein zögerlicher Mensch. Ich weiss nicht, was gut und böse ist.» Weshalb er ein «Nazi-Bild produziere» erklärt der «Macher» so: «Wir werden alle benutzt. Ich werde auch benutzt. Das ganze System ist darauf ausgerichtet.» Zu seiner «Hamlet»-Inszenierung heisst es in einer Kritik: «Der Dänenprinz befördert durch einen taktischen Ausflug in den Wahnsinn die Wahrheit ans Licht. So einer will Schlingensiefel sein. Von den «Nazis» gespielt wird ausgerechnet die Schauspieltruppe, die in Shakespeares Drama ein Stück im Stück aufführt und so zur Entlarvung des Königsmörders beiträgt.» Die «Hamlet»-Inszenierung des Schlingensiefel sei auch der «Dada-Kunst» würdig, heisst es. Jedenfalls hat der «Anarcho-Provokateur» einmal mehr bewiesen, dass dem Wahnsinn keine Grenzen gesetzt sind.

Rassenunruhen in Frankreich

Lyon, Paris, Marseille – Seit Jahren eskaliert die Situation in den französischen Grossstädten. Vor allem in den anonymen Trabantsiedlungen gleicht die Lage einem Pulverfass: Bandenkriege sind inzwischen an der Tagesordnung, der Ausländeranteil liegt bisweilen um die 80 Prozent und die Feuerwehr wagt sich teilweise nur noch unter Polizeischutz in die Problemzonen.

Jetzt hat der multikulturelle Bürgerkrieg endgültig die Hauptstadt Paris erreicht. Vor einigen Wochen lieferten sich in den Supermärkten von La Défense, nur wenige Metro-minuten vom Zentrum entfernt, mindestens 300 Jugendliche eine blutige Schlacht. Die Schläger waren mit Äxten, Messern und Stahlrohren bewaffnet; Polizei und Öffentlichkeit sind schockiert.

Jeder weiss: Wenn die Täter im Polizeibericht als «junge Leute» bezeichnet werden, sind Ausländer gemeint. Aber aus Furcht vor der Rassismuskeule, die auch in Frankreich über dem öffentlichen Dis-

kurs kreist, wagt niemand das Problem beim Namen zu nennen – und die Polizei lässt aufgegriffene Randalierer in aller Regel gleich wieder frei.

Allein 15'000 Autos gingen bei multikulturellen Bandenkämpfen letztes Jahr in Flammen auf. Bei den Polizeidienststellen kursiert eine Karte mit den 200 gefährlichsten Vororten Frankreichs. Dort wird erpresst, vergewaltigt, geprügelt, und die Täter werden immer jünger. Die Regierung reagiert hilflos und verteilt, anstatt illegale rigoros abzuschieben oder zu bestrafen, alle paar Monate Zigtausende neue Aufenthaltsgenehmigungen. Doch so lässt sich die multikulturelle Zeitbombe in Frankreichs Städten nicht mehr entschärfen. Die Explosion ist nur noch eine Frage der Zeit.

Quelle: «Le Figaro» vom 22. April 2001, übersetzt und bearbeitet durch Bernhard Hess, Nationalrat SD, Bern.

Linke kritisieren «Rassismuskeule»

He. Die «Neue Zürcher Zeitung» befasste sich kürzlich mit den ominösen «europäischen Werten» der «Polit-Korrektheit» und meinte dazu, diese würden ständig bemüht, wenn man irgendwelche Ungereimtheiten zu kaschieren hätte. Am liebsten würden sie ins Spiel gebracht, wenn man sich einfach über Gesetz und Tatsachen hinwegsetzen wolle.

Es kommt dabei gar nicht auf Tatsachen an. Man will einfach mit der «Werte-Keule» das Volk niederhalten. Die Zeche muss vor allem die

werktätige Bevölkerung bezahlen. **Rassismus, angeblicher Fremdenhass und ähnliches sind die modernen Waffen im (neu entfachten) Klassenkampf.** Das in Wien erscheinende Organ des Bundes demokratischer Sozialisten «Internationales Freies Wort (IFW)» hat, gestützt auf die Ausführungen in der NZZ, das Szenarium lokalisiert und dessen Auswirkungen auf die westliche «Wertegemeinschaft» demonstriert. **Der angebliche Ras-**

Fortsetzung Seite 6

Einladung zur Teilnahme an der grossen
1.-August-Feier 2001
der Schweizer Demokraten –
40 Jahre Schweizer Demokraten (SD/NA)

Wir feiern unser grosses Jubiläum, organisiert durch
die SD-Sektion Wil und Umgebung, Hotel-Restaurant «Nollen»,
Gemeinde Hosenruck TG (siehe Situationsplan)

Eine Anmeldung ist nicht nötig. – Extrabus 10 Uhr ab Bahnhof Wil/SG

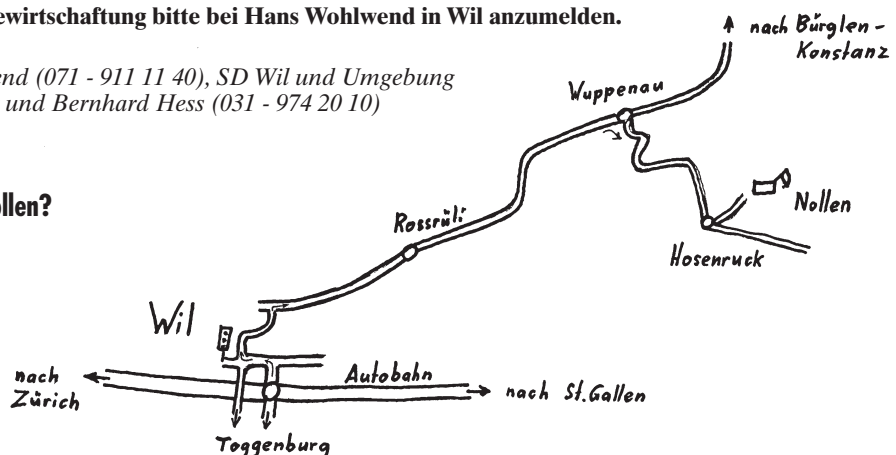
- 10.15 Uhr Musikalischer Auftakt mit Fahنشwingern, Alphornbläsern und der Ländlerkapelle Toggenburger Gruss
Begrüssung durch Gemeinderat Hans Wohlwend, Wil
- 10.30 Uhr Rede von SD-Zentralsekretär und Nationalrat Bernhard Hess, Bern
Grüsse aus der Westschweiz, von Lonny Flückiger, Cernier
- 11.00 Uhr Versteigerung von zwei ???
- 11.15 Uhr Unterhaltung mit dem Jodlerklub Wil
- 11.30 Uhr 40 Jahre Schweizer Demokraten/Nationale Aktion, von alt Nationalrat Hannes Steffen, Fischenthal
- 12.00 Uhr bis 14.15 Uhr gemeinsames Mittagessen
- 14.15 Uhr Ländlerkapelle Toggenburger Gruss, anschliessend eine Versteigerung
- 14.30 Uhr Musikalische Unterhaltung mit dem Jodlerklub Wil, Fahنشwinger und Alphornbläser
- 14.45 Uhr Rede von SD-Zentralpräsident und alt Nationalrat Rudolf Keller, Frenkendorf
- Anschliessend gemeinsames Singen der Nationalhymne mit dem Jodlerklub Wil, Ausklang mit der Ländlerkapelle Toggenburger Gruss
- 16.00 Uhr Schluss der Veranstaltung
- Menues:** Hackbraten, Kartoffelstock, Gemüse Fr. 16.50
Kalbsvossen, Kartoffelstock, Gemüse Fr. 18.50
Gemüselasagne Fr. 11.50

Wir hoffen auf eine sehr grosse Teilnahme seitens unserer Mitglieder und Sympathisanten.
Unsere Sektionen sind gebeten, Fahrgemeinschaften oder Fahrgelegenheiten mit Kleinbussen zu organisieren.
Grosse Busse sind wegen der Parkplatzbewirtschaftung bitte bei Hans Wohlwend in Wil anzumelden.

Die Organisatoren: Hans Wohlwend (071 - 911 11 40), SD Wil und Umgebung
 Namens der SD Schweiz: Rudolf Keller und Bernhard Hess (031 - 974 20 10)

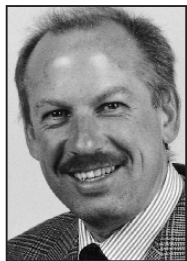
Wie komme ich mit dem Auto auf den Nollen?

Autobahnausfahrt Wil benutzen, dann nach links Richtung Stadt, beim 1. Lichtsignal nach rechts Richtung Konstanz nach Rosstrüti – Wuppenau, in Wuppenau rechts nach Hosenruck, in Hosenruck links hinauf zum Hotel Nollen



Vorsicht SVP-Falle

Referat von Peter Brunner, Landratspräsident (SD), Pfeffingen/BL, anlässlich der Delegiertenversammlung der Schweizer Demokraten, vom 9. Juni 2001 in Basel



Peter Brunner,
Landrats-
präsident (SD)
Pfeffingen BL

«Sehr geehrter Herr Zentralpräsident, sehr geehrte Delegierte und Mitglieder, geschätzte Ehrenmitglieder und Gäste

Als Präsident des Baselbieter Landrates hat man die Ehre und Freude, zu den verschiedensten Anlässen eingeladen zu werden. Einladungen, die einem erst bewusst machen, welche grosse Arbeit von vielen Aktiven in und durch die Vereine, Organisationen und Parteien geleistet werden, so auch von den Schweizer Demokraten.

Doch braucht es überhaupt noch die Schweizer Demokraten?

Das ist sicher eine etwas provokative Frage, zumal die Wählerinnen und Wähler in der Vergangenheit die Arbeit unserer Partei nicht gerade mit einer grossen Wahlunterstützung honoriert haben.

Heute gibt es viele, die in der Ausländerpolitik der Meinung sind, die SVP sei die bessere Wahl!

Doch wie weit stimmt dies überhaupt? Hier einige Fakten:

Baselbieter Landrat / Juni 2001: FDP-Postulat zur Behebung des Mangels an Arbeitskräften:

Aufstockung der Ausländerkontingente: FDP und SVP befürworten dieses Postulat. Der BL-Regierungsrat lehnt es ab.

Einzig die Fraktion der Schweizer Demokraten opponiert geschlossen gegen diese Mehreinwanderungs-Ausländerpolitik à la FDP und SVP.

BAZ vom 30. Mai 2001: «Aargauer SVP lässt eigenen Regierungsrat im Regen stehen. SVP will den Ton angeben»: Die Volkspartei der Aargauerinnen und Aargauer

(SVP-Motto) tritt selbstbewusst auf. Anfang Mai liess die SVP in den beiden noch existierenden Aargauer Tageszeitungen je ein doppelseitiges Inserat schalten. Darin wurden die Schwerpunkte der SVP-Fraktion als politische Allgemeinplätze verkündet. Die soziale Absicherung solle auf «Alter, Krankheit, Unfall und existenzbedrohende Notlagen beschränkt werden», meint die SVP etwa zum Thema «soziale Sicherheit.» – *Mein Fazit dazu: Die SVP will keine Arbeitslosengelder, keine Sozialunterstützungen in Notlagen usw. mehr, auch nicht dort, wo ein solcher Anspruch ausgewiesen ist.*

NZZ vom 11. April 2001: Wieder der Ruf nach billigen Arbeitskräften: Der Bundesrat lehnt eine SVP-Motion ab, die ein neues Kurzsaisonierstatut für unqualifizierte ausländische Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern fordert.

– Wir Schweizer Demokraten wissen ja, wie extrem stark die Einwanderungspolitik allein aufgrund des Saisonier-Statuts beeinflusst wurde. Dieses Statut hat uns Masseneinwanderung gebracht! Darum können wir eine solche SVP-Forderung nicht verstehen.

Zitat: «SVP-Bundeshausfraktion für die Bilateralen Verträge mit Vorbehalt.»

Der Unternehmer, Herr Nationalrat Blocher, hat gesprochen! Herr Blocher: Ist das nicht derselbe, der sich schon fürs ARG eingesetzt hat und der nicht gegen die neue internationalistische Bundesverfassung gekämpft hat?

BAZ vom 12. Juli 2000: «Gegen die 18-Prozent-Quote:

Ein überparteiliches Komitee kämpft gegen die Volksinitiative «Für eine Regelung der Zuwanderung – 18-Prozent-Initiative. Dem Komitee gehören 181 Parlamentarier, u.a. auch SVP-Bundeshausfraktionsmitglieder an.»

SD, Lega, EDU kämpfen fast alleine für diese Begrenzungsinitiative.

und welche Segnungen die «multikulturelle Gesellschaft» für sie bereit hält.

Das linke IFW spinnt den Faden weiter, schaut nach Israel und fragt: «Wo bleibt euer Protest gegen den heutigen Regierungschef in Israel? Eine israelische Kommission hat diesem Mann eine zumindest Mitschuld am Mord von palästinensischen Flüchtlingen angelastet. Wahrlich, ihr seid doch schon wegen viel geringerer Anlässe durch die Strassen gezogen, um für die «Werte» zu demonstrieren.»

NZZ vom 9. Mai 2000: «Gleiche Rente ohne Steuererhöhungen, die SVP zu kurz- und mittelfristigen Massnahmen: Einsparungen will die SVP durch die Anpassung des Frauenrentenalters an jenes der Männer von 65 Jahren und durch die Angleichung der Witwenrente an jene der Witwer erzielen. Und die Teuerung für die AHV soll laut SVP nur noch alle drei Jahre vorgenommen werden.»

Zudem sollen viele Frauen, die bisher eine Witwenrente erhalten hatten, über keinen Rentenanspruch mehr verfügen.

– Das ist doch Sozialabbau auf dem Buckel jener Wählerinnen und Wähler, die ja die SVP in der Vergangenheit unterstützt haben! Eigentlich ist es unglaublich, dass das die vielen Leute mit kleinem Portemonnaie noch nicht gemerkt haben. Sie werden ja von denen, welchen sie die Stimme gegeben haben, hintergangen.

NZZ vom 30. März 2000: «Fanal gegen die Kürzung von Altersbeihilfen: Die Zürcher SVP, die die Rentner als Wähler lockt, hat ausgerechnet den schwächsten unter ihnen den Teppich unter den Füßen weggezogen, indem sie nun für eine Kürzung der Altersbeihilfen eintritt.»

BAZ 2. März 2000: «Grosszügige Regelung für Asylbewerber:

Mit der Humanitären Aktion 2000 hat der Bundesrat eine grosszügige Aufnahmeregelung für Asylsuchende beschlossen, deren Gesuche seit Ende 1992 hängig sind. Die Aufnahmeaktion für rund 13'000 Asylsuchende ist einhellig positiv aufgenommen worden. Die bürgerlichen Parteien betonen aber, dass diese Aktion einmalig bleiben müsse. Die SVP als Bundesratspartei unterstützt diese Aktion! – Wir sind schon beinahe sprachlos ob solchen Politpurzel-bäumen...

Blick 7. März 2000: «1000 Franken AHV-Rente für alle will die SVP und zugleich ein erhöhtes Rentenalter!»

Liebe Freunde, das ist das wahre Gesicht der SVP, auch wenn sie nachher aufgrund des politischen Druckes von dieser Forderung wieder zurückgewichen ist.

BAZ vom 16. September 1999 / SVP-Nationalrat Baader: «Die SVP ist entschieden gegen eine Festlegung von Mindestlöhnen.»

Für die SVP sind wohl auch 3000 Franken Mindestlohn in manchen Fällen noch zu viel, obwohl auch nur eine kleine Familie damit nicht leben kann.

«Freiheit statt Sozialismus», heisst

die bekannte Broschüre von Christoph Blocher. Doch welche Freiheit und welche Politik wollen wir? Warum wählen vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die SVP, eine Partei, von der sie gleichzeitig auch in die Pfanne gehauen werden?

Liebe Schweizer Demokraten!

Wir haben es in der Vergangenheit verpasst, die Wählerinnen und Wähler der SVP, die auch oftmals SD-Wählerinnen und Wähler waren, über diese Fakten aktiv aufzuklären.

Wir haben in verschiedenen Kantonen resigniert, nachdem die Blocher-Partei mit ihrer Millionenpropaganda die Ausländer- und Asylpolitik dominierte, gleichzeitig aber in den Kantonsparlamenten und im Bundeshaus eine gegensätzliche Politik durchzog. So wollen und so dürfen wir als Partei nicht mehr weiterfahren.

Unsere Aufgabe muss es also sein, auch wenn wir keine Millioneninsenerate starten können, im Gespräch, im Kontakt mit den einzelnen Wählerinnen und Wählern auf all diese Aspekte aufmerksam zu machen.

Wir müssen mit Vorstössen und Aktionen im Ausländer- und Sozialbereich unsere ehrliche Politik besser verkaufen.

Beispiel: Lohndumping

In den letzten Monaten war das Thema Lohndumping und Hungerlohn ein Dauerthema. Warum nicht eine kantonale Initiative ergreifen, die einen Minimallohn fordert und damit indirekt auch den sogenannten Import von billigen Arbeitskräften unterbindet? Wenn sie nicht mehr Hungerlöhne zahlen dürfen, können sie auch keine Ausländer mehr in unser Land holen! Die SVP wird die erste Partei sein, die gegen diese Initiativen Sturm laufen wird. Sie wird ihr wahres Gesicht als reaktionäre Unternehmernpartei zeigen.

Warum nicht gegen die Einbürgerungsmissbräuche aktiv werden, zumal ja die SVP in diesem Bereich immer wieder mit der FDP, der CVP und der SP für eine grosszügige Einbürgerungspolitik stimmt?

Liebe Schweizer Demokraten!

Es ist nun an der Zeit, dass wir das politische Heft auf der Strasse, in den Gemeinden und Kantonen wieder wie früher selbst in die Hand nehmen.

Warum zum Beispiel nicht ein Flugblatt der SD machen, das auf all diese Aspekte hinweist und gleichzeitig eine kantonale Initiative ankündigt?

Ich bin überzeugt, liebe Parteikolleginnen und Parteikollegen, unsere Zukunft beginnt hier und heute, wenn Sie alle mitmachen. Packen wir es gemeinsam an, reden wir Klartext; die Wahrheit, die Zukunft und der Sieg ist unser.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Fortsetzung von Seite 4

ismus und der Fremdenhass sollen nicht nur der Spaltung der breiten Bevölkerungsmehrheit, im IFW als «Arbeiterklasse» bezeichnet, dienen, sondern zusätzliche Lähmung und Schuldbewusstsein erzeugen. Kaum erfolgt irgendwo eine kritische Stimme, sind die schon da, die «Oberlehrer». Schnell sind sie mit ihrem Rassismus- und Fremdenhassgeschrei zur Hand. Sie belehren die Bürger auch gleich, wie man mit Flüchtlingen umzugehen hat



Im alt-ehrwürdigen Basler Rathaus finden die Delegierten und Gäste ideale Voraussetzungen für die Versammlung.

DV der Schweizer Demokraten in Basel:

Klare Abgrenzung zur SVP

Basel - Im Basler Rathaus trafen sich gestern Samstag die Schweizer Demokraten zu ihrer Delegiertenversammlung. Im Zentrum der eintägigen Parteitagung stand eine klare Abgrenzung gegenüber der SVP. Zentralpräsident und alt Nationalrat Rudolf Keller, wurde in seinem Amt einstimmig bestätigt.

Rund 100 Delegierte und 20 Gäste fanden sich im alt-ehrwürdigen Basler Rathaus ein. Die ehemalige Nationale Aktion (NA), die heutigen Schweizer Demokraten, feiern in diesem Jahr ihr vierzigjähriges Bestehen.

Der Basler Grossrat Markus Borner begrüßte alle Teilnehmer und stellte den Stadtkanton mit interessanten Worten vor. Standen am Vormittag u.a. die Wahlen auf dem Traktandum, wurde danach das

Mittagessen auf einer Rheinschiff-Rundfahrt eingenommen. Am Nachmittag standen die politischen Reden auf dem Programm. SD-Zentralpräsident Rudolf Keller: «In naher Zukunft wird sich unsere Partei stark vergrössern.» Der Baselbieter Landrat betonte, dass sich viele enttäuschte Wähler von der SVP abwenden werden und wieder oder neu für die SD wählen würden. Denn die SD würde die wahren Interessen der Schweiz vertreten und nicht die SVP.

Einzige Schweizer Partei ohne Schulden

Weiter freute sich Partei-Präsident Keller, dass die SD die einzige Partei der Schweiz ohne Schulden sei. Viele Delegierte meinten, dass sich die SVP nur als Trittbrettfahrer beteilige und die Parolen der SD

regelrecht geklaut hätten. Grossrat Markus Borner brachte es im Gespräch auf den Punkt: «Gegenüber einer solchen, vielfach fragwürdigen SVP-Politik, bieten die Schweizer Demokraten eine Alternative, wohlweislich mit viel weniger finanziellen Möglichkeiten und medienträchtigen Auftritten, hierfür aber mit Gradlinigkeit und Ehrlichkeit.»

Deutlicher wurde dann auch der Baselbieter Landratspräsident Peter Brunner, erster gesamtschweizerischer Kantonal-Parlament-Präsident der SD: «Die SVP vertritt nicht die Interessen der Bevölkerung. Wenn es darauf ankommt, stehen die Schweizer Demokraten allein da und setzen sich für die Schweizer Interessen ein.» Der Baselbieter Landrat wurde schon von zahlreichen Parteien angesprochen, ob er nicht in ihre Reihen wechseln möchte. Darauf sagte er in Basel vor den Partei-Delegierten: «Ich bleibe meiner Partei immer treu, der ich viel zu verdanken habe.»

Kampf der Überfremdung

Auch Nationalrat Bernhard Hess (Bern) sprach Klartext: «Als Partei müssen wir uns besinnen auf unser Hauptanliegen, dem Kampf der Überfremdung.» Bei nächster Gelegenheit sind weitere Initiativen geplant.

Schwachstellen

Die 100 Delegierten und rund 20 Gäste zeigten sich zufrieden mit ihren Parteiführern. An der DV zeigten sich aber auch einzelne Schwachstellen der Partei. Aus einigen Kantonen waren gar keine Delegierte angereist. Stark vertreten waren vor allem Kantone, die u.a. zahlreiche SD-Kantonsräte aufweisen, wie Basel-Stadt, Basel-Land oder Bern. Zürich, Aargau, Luzern und der Thurgau waren auch stark vertreten, wogegen der Kanton Appenzell beispielsweise ohne Delegierten vertreten war. Rudolf Keller legte in seinem Schlusswort klar fest, er will kämpfen und bei den nächsten Nationalratswahlen wieder gewählt werden. Einzelne Spitzenvertreter der Partei sprachen sich auch dafür aus, demnächst eine erneute Überfremdungs-Initiative zu starten.

Die Parteitagung beendete der Basler SD-Grossrat Walter Hamel: «Danke, dass Sie so zahlreich nach Basel gekommen sind. Bei den letzten Grossrats-Wahlen konnten wir fünf Sitze erzielen und wir hoffen bei den nächsten Basler Wahlen auf insgesamt zehn Grossräte. Wir brauchen uns nicht zu verstecken und können frei wählen wie wir wollen. Beispielsweise sind wir nicht wie die SVP dem Grosskapital verpflichtet.»

www.netzpress.ch/meldungen

Staat Israel als Fremdenhasser?

SD. Höchst erstaunt lasen wir in der jüdischen Zeitschrift «Tachless», vom 1. Juni 2001, folgendes: «Israel will den rund 130'000 bis 200'000 in seinen Grenzen lebenden und ihr Einkommen verdienenden **illegalen Fremdarbeitern nun offensichtlich zuleibe rücken.** Die für die Sache zuständigen Ministerien haben beschlossen, gemeinsam vorzugehen und **pro Monat mindestens 500 «Illegale» abzuschieben.** Innenminister Eli Yishai (Shas) träumt sogar von der Abschiebung von 4000 ohne die nötigen Papiere in Israel lebenden Ausländern...»

Da müssen wir in der Schweiz und die Augen reiben. Denn wenn die SD jeweils eine solche Forderung stellt, dann ist von linker, bürgerlicher und jüdischer Seite her sofort die Rede von Fremdenhass, Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit. Aber offenbar darf in Israel sein, was bei uns grössten Protest hervorruft!

Wo bleibt der Protest gegen diese sogenannten unmenschlichen Lösungsvorschläge dieser Problematik Israels? Weshalb darf Israel offenbar tun, was bei uns nicht erlaubt sein soll? Wenn wir in der Schweiz von «Fremdarbeitern» reden, dann wird uns sofort Diskriminierung unterschoben, denn diese Leute sind laut offizieller Lesart

Gäste und nicht Fremde! Weshalb wird in «Tachless» dieses Wort «Fremdarbeiter» aber völlig normal und selbstverständlich verwendet? **Gelten für Israel andere Gesetzmässigkeiten als bei uns in der Schweiz?**

Wir meinen, Israel ist genauso überfremdet wie die Schweiz. Deshalb fordern wir gleiches Recht für alle: **Einheimische sollen sich überall auf der Welt gegen solche Entwicklungen wehren dürfen. Das ist eine völlig normale menschliche Reaktion!**

Spendensumpf: UBS>FDP>SP

Wenn wir es nicht schon geahnt hätten, würden wir staunen. Die FDP hat von der Grossbank UBS, für die Abstimmungsvorlage zu Gunsten von Schweizer Soldaten im Ausland, sehr viel Geld erhalten. Und die liebe FDP gab 100'000 Franken davon einem SP-Komitee weiter. Ja, sie stecken alle unter einer Decke, die Freisinnigen, die Sozialdemokraten, die Spitzenbanken usw. Dies ist ein schönes Beispiel, das diese These wieder einmal belegt! Seuhäfel – Seudeckeli! Und wir wissen jetzt auch, dass es für unser Geld noch andere Banken gibt!



Auf dem «Bock» sitzen an diesem Tag nicht der Grossratspräsident, sondern Zentralpräsident Rudolf Keller und die 1. SD-Vizepräsidentin Lonny Flückiger.



Kanton Basel-Land









Nein zu erleichterten Einbürgerungen

Grosser Sieg für die Schweizer Demokraten!

Der Kanton Baselland hat am 10. Juni 2001 mit einer Mehrheit von 62% eine Einbürgerungserleichterung für Ausländer abgelehnt. Auf Initiative von linken Landräten und Bürgerlichen wollte man, dass man zum Jubiläum 500 Jahre Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft die Einbürgerungsgebühren für Ausländer massiv reduzieren

solle. Im Landrat haben nur die SD und die SVP dagegen Opposition gemacht. Dank der grossen Stärke der beiden Landratsfraktionen musste diese Vorlage überhaupt der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden. Unsere SD – und an vordester Stelle ihr Präsident Rudolf Keller – kämpften wacker gegen die Vorlage. Die deutliche Ablehnung dieser Vorlage ist eine massive Abfuhr für die Regierung und die Regierungsparteien. **Aber bereits ist eine nächste Vorlage mit zahlreichen, massiven Einbürgerungsliberalisierungen geplant. Diese Vorlage werden die Schweizer Demokraten noch vehementer als diejenige vom 10. Juni bekämpfen. Auch das werden wir im nächsten Jahr bodigen. Danke allen, die bei der Kampagne mitgeholfen haben.**
SD Baselland

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirk Aarau Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Sektion Kulm Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Bern 	Stadt Bern Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West Sektion Ob- und Nid Aargau / Mittelland / Emmental Sektion Schwarzenburg / Seftigen / Laupen Sektion Thun / Konolfingen	Sommerpause Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung Sektion Wil und Umgebung	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat in einem Saal im Restaurant Dufour, St. Gallen Jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil.
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur Stadt Zürich	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, Kloten Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegge (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Metzger, Walderstr. 19, Hinwil Stammtisch am ersten Dienstag des Monats, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss Höck am 1. Donnerstag im Monat im Rest. Krone, Schaffhauserstr. 1, Zürich-Unterstrass

Frau zusammengeschlagen!

Er hat laut Polizeiangaben in Binningen eine Frau überfallen, zusammengeschlagen und ausgeraubt.

Es ist laut Polizeiangaben ein junger «Araber-Typ».

Er kam mit einem Volvo mit Basler Kontrollschildern. «Toll» diese Gäste, die wir im Land haben...

«Meinung der Redaktion»

Vor jeder Abstimmung findet man diese Fenster mit dem obigen Titel meistens bei einem Artikel über eine bevorstehende Abstimmung!

1.) ist diese Redaktionsmeinung ein fauler Zauber: In einer Redaktion sitzen ein paar Manoggele, und welcher kleine Redaktor wagt es, eine andere Meinung als der Chef zu haben? Also ist die «Meinung der Redaktion» im Sinne demokratischen Denkens nichts, gar nichts wert!

2.) Sind dies meistens Redaktionen von Zeitungen, die kaum PRO und KONTRA mit gleich langen Spiessen publizieren. Oft ist alles eine einseitige Mache, so gar die Leserbriefe sind total manipuliert! (TA, Blick, NZZ uva.)

3.) Rufen Sie die Chefredaktion an, sagen Sie, dass sie auf die «Meinung der Redaktion» gerne verzichten; Sie könnten selber denken und brauchen lediglich offene und faire Information! Sogenannte «Vordenker» seien out...

Willy Schmidhauser



Kanton Bern



Grüsse aus dem Berner Stadtrat!

Als am Abend des 26. November 2000, um 20 Uhr die Resultate der Gemeinde- und Stadtratswahlen in Bern bekannt gegeben wurden, atmete ich erleichtert auf. Wir hatten mit nur zwei Bisherigen einen dritten Sitz erobert. Neben Lydia Riesen und mir, Peter Bühler, wurde neu Dieter Beyeler in das stadtbernerische Parlament gewählt. Wie sich zeigt, ist nun unsere Partei im Stadtrat der Bundeshauptstadt wieder durch drei Aktive vertreten. Was zweifelsohne nur von Vorteil für unsere Partei ist. Da alle Drei den Wählerauftrag erfüllen und unsere zum Teil schwierig zu erreichenden politischen Ziele umsetzen wollen.



Peter Bühler, Lydia Riesen, Dieter Beyeler

Ich erlaube mir kurz die Drei vorzustellen, welche am 26. November gewählt wurden. Zum einen ist da Lydia Riesen, Kassiererin des Kantonalverbandes und der Stadtsektion, die als unsere «Diplomatin» im Rat, mit spitzer Feder und scharfer Zunge regelmässig unsere Anliegen vertritt. Wie zum Beispiel, als sie den Gemeinderat mit ihrer Interpellation «der Bär muss bleiben» in Verlegenheit brachte und damit für einiges Aufsehen sorgte. Es sind noch mehrere Geschäfte

von Lydia Riesen hängig, mit denen sie im Gemeinderat wieder für «rote Köpfe» sorgen wird. Unter anderem mit der Frage, «Luxusdienstreisen des Gemeinderats auf Kosten der Steuerzahler?» Sie hat verschiedene Themen, unter anderem, «Working poor» Jugend, Stadtfinanzen, Schulen etc., für die sie sich stark macht und dem entsprechend kämpft.

Zum anderen ist da noch unser «Newcomer», Dieter Beyeler, Kantonalvorstandsmitglied und Stadtsektionsvizepräsident. Der auf gutem Wege ist, sich als «Hardliner» im Parlament einen Namen zu machen. Regelmässig gibt er Voten im Rat ab, die «klar und deutlich» unsere Parteilinie aufzeigen. Wie zum Beispiel, als die «Grünen» alle abgelehnten Gesuche um Einbürgerung, aus der ganzen Schweiz versteht sich, in der Bundeshauptstadt aufnehmen und die Abgewiesenen einbürgern wollten. Auch mit seinen Vorstössen deckt er verschiedene Themen ab, wie Drogen, Verkehr, oder setzt sich gegen eine geschmacklose Verabbarung von Behinderten ein. Auf einen aktiven Stadtratskollegen wie Dieter Beyeler, der uns ergänzt und voll mitarbeitet, mussten Lydia Riesen und ich lange warten, aber es hat sich gelohnt.

Zu guter Letzt bin da noch ich, der «Panzergeneral», wie mich einmal ein Journalist nannte, Kantonalpräsident Peter Bühler.

Wie Lydia Riesen und Dieter Beyeler, kämpfe auch ich gegen die verschiedenen Missstände in unserer Bundeshauptstadt. Beispielsweise

habe ich mit meiner Dringlichen Interpellation zum Thema «Mietzinserhöhungen bei den städtischen Liegenschaften, berechtigt oder nicht?» eine nationale Presselawine ins Rollen gebracht und den Stadtpräsidenten von Bern arg auf Schleuderkurs. Es ist mir auch verschiedentlich gelungen, mich für die Anliegen von Behinderten, sozial Benachteiligten, Steuern sparen, etc. mit Erfolg einzusetzen. Mit den verschiedensten Vorstössen zu allen möglichen Themen gelang es mir regelmässig, Probleme und Sorgen der Bevölkerung im Rat zur Sprache zu bringen. Doch bei Themen wie «Einbürgerungswillige müssen deutsch verstehen, lesen und schreiben können», oder «Einbürgerungen vors Volk» bekam ich vom Stadtrat eine «aufs Dach»!

Die erste Forderung wurde mit 24 zu 35 Stimmen abgelehnt und die zweite musste, da sie alle anderen Parteien ablehnten ausser uns Dreien, zurückgezogen werden. Wir sind auch auf den verschiedensten Nebenschauplätzen präsent. Zum Beispiel in Abstimmungs- oder Initiativkomitees tätig, oder bei Beschwerden oder Einsprachen, die unsere Anliegen betreffen, machen wir mit. Abschliessend möchte ich versichern, dass es uns allen Drei Spass macht, im Stadtrat von Bern mit zu arbeiten. Und ein gutes Teamwork entstanden ist. Dies ist um so wichtiger, weil es noch viel zu tun gibt, aber keine Angst, wir packen an!

Peter Bühler

SD-Stadtrat/Kantonalpräsident, Bern

Peter Bühler bleibt Kantonalpräsident

He. Anlässlich der gutbesuchten Delegiertenversammlung der Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Bern vom Freitag, 18. Mai 2001 im Restaurant Löwen in Niederwangen wurde Stadtrat Peter Bühler, Bern, als Kantonalpräsident einstimmig wiedergewählt. Auch sämtliche Parteileitungsmitglieder (Martin Messerli, Wichtrach, als 1. Vizepräsident, Jakob Jäggi, Guggisberg, als 2. Vizepräsident, Robert Meyer, Bern, als Sekretär, Stadträtin Lydia Riesen, Bern, als Kassierin und Nationalrat Bernhard Hess, Bern, als Pressechef) schafften die Wiederwahl einstimmig.

Kantonalpräsident Peter Bühler konnte auf ein aktives und erfolgreiches Jahr zurückblicken. Die SD seien die einzige Partei, welche sich

uneingeschränkt für die Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität unserer Heimat sowie gegen die Einwanderung in unser kleines, übervölkertes Land einsetzen. Sämtliche anderen Parteien – insbesondere auch die Berner SVP – stehen oft auf der Seite der Überfremder und Globalisierer. Gerade die aktuelle Debatte um das schweizfeindliche Militärgesetz oder der Abstimmungskampf im vergangenen Herbst um die Initiative «für eine Regelung der Zuwanderung» belegen diese Einsicht schmerzlich. Die Berner SVP ist kein Garant für die Erhaltung einer freien, eigenständigen und neutralen Schweiz, führte Peter Bühler in seinem Jahresbericht an.

SD-Pressedienst des Kantons Bern vom 21. Mai 2001



Kanton Thurgau



Frau BR Metzler – unsägliche Wut!

Auf dem Wolfsberg haben sich alle von Rang und Namen die Klinke in die Hand gegeben. Offenbar sind viele Schweizer nicht mehr in der Lage, differenziert zu denken und diese Gedanken auch in eine Diskussion einzuwerfen. Noch öfter fehlt leider ein klein wenig Mut und Zivilcourage, und so mancher Bürger fragt sich bang, wie das der-einst noch enden wird?

Frau Metzler will das zunehmend organisierte Verbrechen bekämpfen und sagt nicht, dass die Öffnung der Märkte eine regelrechte Einladung an solche Elemente darstellt, denn schliesslich hat ja auch ihre Partei, die CVP, solches dem Volke empfohlen. Dass diese Bundesrätin den vielen Politikern nicht nur

Sand in die Augen streuen kann, sondern auch einen Vollbrand mit Benzin löschen will, ist typisch für das Agieren des Bundesrates ohne Rücksicht auf den Volkswillen.

Sie will beim Computer-Netz gemäss Schengener Verträge mitmachen. Sie verschweigt den Menschen, dass dieses EU-Netz noch gar nicht installiert und überhaupt noch nicht am Laufen ist. Den Abbau der Grenzkontrollen, der von vielen EU-Ländern bitter beklagt wird, will sie mit irgendwelchen «Hinterlandkontrollen» ersetzen; glaubwürdiger geht es wohl kaum! Metzler verschliesst vor unglücklichen Tatsachen die Augen: Innerhalb der EU gibt es zwischen 20 und 40 Millionen «Strandgut», es



Kanton Zürich



SD hoch erfreut über die Ablehnung der EKZ-Privatisierungsvorlage

Die Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Zürich nehmen mit grosser Freude Kenntnis von der Ablehnung der EKZ-Privatisierungsvorlage. Das Abstimmungsergebnis weist auf eine deutliche Trendwende hin, indem sich beim Volk immer mehr die Überzeugung durchsetzt, dass Betriebe der öffentlichen Grundversorgung mit Strom, Wasser, Gas, Bahn, Post etc.

in die Hände des Gemeinwesens gehören. Von der sogenannten «Liberalisierung» profitiert regelmässig nur eine gutgebuchte Minderheit. Die Schweizer Demokraten werden weiterhin gegen alle Privatisierungs- und Globalisierungsvorhaben Widerstand leisten.

SD des Kantons Zürich, Sekretariat,

Christoph Spiess-Baumgartner

sind Menschen aus den Kolonien von Frankreich, Spanien, Portugal, England, Holland, Belgien und vielen anderen Staaten. Alleine in Frankreich gibt es etwa 12 Millio-

nen Nordafrikaner. In vielen Städten Frankreichs darf kein Polizist diese Stadtteile betreten, ohne

Fortsetzung Seite 10

Frau BR Metzler – unsägliche Wut!

Fortsetzung von Seite 9

fürchten zu müssen, nie mehr heraus zu kommen. Sie alle könnten gemäss Frau Metzler völlig frei und ungehindert in unser Land spazieren. Aber auch die Sicherung der Aussengrenzen dieser EU ist fragwürdig. Sie gleichen einem Sieb mit vielen Schlupflöchern. Erinnert sei an die kritischen Südgrenzen oder an die vielen Meeresküsten. Es wäre doch empfehlenswert, die Hunderten von entlassenen Grenzbeamten (durch BR. Villiger) wieder einzustellen, die Grenzen Tag und Nacht effizient zu überwachen und trotzdem mit der EU eine Abmachung zu treffen, die allen dienen würde! Das eigenmächtige

Vorprellen des Bundesrates entgegen dem Volkswillen enthält nämlich weitere Ungeheuerlichkeiten: Da wäre einmal die Frage des Datenschutzes, der ja bekanntlich in grossen, zentralistischen Gebilden wie einer EU viel schneller unter die Räder kommt. Dann wäre die Frage des EU-Diktates: Frau Metzler will einer Regelung zustimmen, wo unser Land im Zusammenhang mit «Dublin und Schengen» einfach EU-Recht übernehmen müsste, und sie gibt es offen zu, wir müssten dann halt eben früher oder später in die EU eintreten... Was für eine Unverfrorenheit und Frechheit gegenüber unseren Bürgern! Da bleibt so Manchem die Spucke weg und unsägliche Wut macht sich breit!

SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung



Drei neue Vorschläge für zweiten Nationalpark

Drei weitere Regionen prüfen zusammen mit Pro Natura, ob sie für das Label «Nationalpark» geeignet sind: Matterhorn (VS), region des Muverans (VS/VD) und Uri. Pro Natura spricht von hochkarätigen Bewerbungen. Bis Ende 2001 sollen erste Resultate vorliegen. Seit fast 100 Jahren begnügt sich die Schweiz mit einem einzigen Nationalpark. Zu wenig, sagt Pro Natura. Sie hat im August 2000 alle Schweizer Gemeinden eingeladen, die Vision eines neuen Nationalparks zu verwirklichen. Die grösste Naturschutzorganisation des Landes stellt eine Starthilfe von einer Million Franken in Aussicht. Der Aufruf verhallte nicht ungehört. In den drei Regionen Haut Val de Bagnes (VS), Locarnese e Vallemaggia (TI) und AdulafRheinwaldhorn (GRIT) sind bereits Nationalpark-Vorstudien im Gang.

Am 22. Mai 2001 informierte Pro Natura in Bern über die abschliessende Liste der Gebiete, in denen jetzt Vorstudien durchgeführt werden. Neu hinzugekommen ist die Gegend rund um die Gipfel des Grand und Petit Muveran, ein grenzüberschreitendes Projekt in den Kantonen Wallis und Waadt. Das Studiengebiet umfasst rund 300 km² in 14 Gemeinden. Ein besonderes Juwel im Perimeter ist die Derborence, ein sagemunwobener Urwaldrest, nicht zuletzt bekannt geworden durch den gleichnamigen Roman von C. F. Ramuz.

Ausser Muveran Maderanertal und Matterhorn

Im Kanton Uri findet nach intensiver öffentlicher Diskussion eine Machbarkeitsstudie statt, Federführend ist der Urner Regierungs-

rat, der eine Gesamtschau über die Entwicklungsmöglichkeiten des Bergkantons erstellen lassen will. Das Studiengebiet umfasst unter dem Titel «Maderanertal und Seitentäler des Urner Reusstals» rund 500 km² in 6 Gemeinden. Auch hier glänzt die Natur mit Superlativen - mehrere Auengebiete, Flach- und Hochmoore von nationaler Bedeutung und grossräumige Jagdbanngebiete liegen in der imposanten Landschaft des Studienperimeters. Schliesslich rückt als drittes Projektgebiet das Symbol der Schweizer Gebirgswelt schlechthin in die Nähe eines möglichen neuen Nationalparks: das Matterhorn. Hier erstreckt sich das Studiengebiet vom Grand Combin im Westen entlang den Walliser Alpen bis zum Matterhorn. Die Fläche umfasst rund 350 km² in vorderhand vier Gemeinden. Nicht nur hohe Naturwerte, sondern auch kulturgeschichtlich bedeutende Eigenheiten wie die typischen Speicher und Stallscheunen oder alte Nutztierassen wie die Evolèner Kuh prägen die Landschaft. Doch die Latte liegt hoch. Mindestens 100 km² gross muss die stellungsfreie Kernzone eines neuen Nationalparks sein, davon müssen 25 km² unterhalb der Waldgrenze liegen.

100-Jahr-Jubiläum als Zielvorgabe

Pro Natura hofft, zu ihrem 100. Geburtstag im Jahr 2009 an der Einweihung eines neuen Nationalparks teilnehmen zu können. Sie knüpft ihrerseits die Vergabe ihrer Start-Million an klare Vorgaben: Das entsprechende Projekt muss demokratisch legitimiert sein (Gemeindeversammlungen, Urnenabstimmungen) und eine transparente Projektorganisation aufweisen. Die Minimalanforderungen bezüglich Fläche und Qualität des neuen Nationalparks müssen erfüllbar sein. Pro Natura schätzt, dass bis im Jahr 2003 die Grundlagen vorliegen, die ihr den «Millionen-Entscheid» ermöglichen.

Rechtsgrundlagen für grosse Schutzgebiete fehlen in der Schweiz weitgehend. Pro Natura hat deshalb den Bund immer wieder aufgefordert, diese Lücke zu schliessen. Inzwischen hat Bundespräsident Moritz Leuenberger eine entsprechende Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes (NHG) in Aussicht gestellt. Bis Ende Jahr sollen die Vorstudien abgeschlossen sein und ein erstes Mal die Spreu vom Weizen trennen.

Fragwürdige Freizeitpärke

Die Planung von Freizeitpärken stösst im Gegensatz zu Nationalpärken kaum je auf öffentliche Kritik dies ist aus Sicht der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz erstaunlich, da letztere doch zumeist auf der grünen Wiese erstellt zu massivem Verkehr führen und für die Siedlungsgestaltung selten Positives beitragen.

Industriezone nennt sich das schöne Stück Weideland am Dorfrand von Disentis, das bald für den 4 Hektaren grossen «Parc Alpin» gepflanzt werden soll. Gemäss Werbeschrift der Promotoren sollen Erlebniswelten, Kräutergärten, Shopping Arena, Playland und Murmel-tiergehege 300'000 Besucher pro Jahr in den Freizeit- und Erlebnispark locken. Dies ergibt stolze 800 Eintritte täglich. Die Parc Alpin-Initianten orientieren sich mit ihrem 38-Millionen-Projekt am Europapark in Rust und am Eurodisney bei Paris. In enger Abfolge wie in einem Zoo erleben die Besucher des künftigen Parc Alpin Sturzflüsse, Höhlengänge, Tropfsteinhöhlen, Eisgrotten, Fontänen sowie die ganze Alpwirtschaft in Schaustellerform. Als Aktivitäten werden auf dem Areal Erntedankfester abgehalten sogar eine Kapelle soll während 6 Monaten erbaut werden! Das Ganze erinnert an einen touristischen Schnellimbiss, der spätestens beim zweiten Parkbesuch fade schmecken wird. Angesichts des Supermarktähnlich

aufbereiteten Spektakels von Pseudokultur und Pseudonatur wird automatisch die Realität ausserhalb des Parkes abgewertet und als langweilig abgestempelt. Der Reiz des Authentischen und der natürliche Erlebnisreichtum des Ortes und der Landschaft Disentis drohen sich zu verlieren. Dies ist letztlich aus kultureller, siedlungsgestalterischer und touristischer Sicht wie auch von der Naturbelastung her fragwürdig. Das Konzept richtet sich in typischer Weise an Tagesausflügler, die vornehmlich mit dem eigenen Auto oder mit Bussen anreisen. Es ist ein Parkplatz für 170 PW und 12 Bussen mit Tankstelle, Raststätte und Tickethäuschen geplant. Die erwarteten 800 Besucher werden daher zu einem erheblichen Verkehrsaufkommen sorgen und die bereits belasteten Dörfer in der Surselva weiter strapazieren.

Mexiko, Ägypten und Indien in die Schweiz verpflanzen

Virtuelle Freizeitparks sind mit dem Ort, wo sie erstellt werden, nicht direkt verknüpft, wie sich am geplanten Mystery-Park des Erich von Däniken in Interlaken zeigen lässt. Hier handelt es sich um einen Science-Fiction-Park, der Pyramiden aus Mexiko und Ägypten, indische Tempel und Mars-Projekte der Nasa in verkleinerter Form als Freizeitattraktion bietet. Erzeugt werden soll gemäss von Däniken

Gründen wir einen neuen Nationalpark!



pro natura
Für mehr Natur - überall!

«in einer brillanten Show mit Licht-, Ton- und anderen Effekten ein Amusement mit wissenschaftlichem Hintergrund». So hält die reproduzierte Weltkultur auch im Berner Oberland Einzug, das damit seine werbemässig offenbar ausgereizte Landschaft der Berge, Weiden, Ställe und Hütten mit Tempel und Pyramiden auffrischen will. Auch der Mystery-Park steht im Zeichen des Gigantismus und der Massenmobilisierung: 80-Millionen Budget, Verbrauch von 8 Hektaren Land, 500 000 erwartete Besucher pro Jahr lauten die Eckdaten dieses Projektes. Dass sich vielleicht Hindus und mexikanische Indios an der Reproduzierung ihrer heiligen Stätten zu kommerziellen Freizeitwecken stören könnten, kümmert offensichtlich niemand.

Auch im städtischen Raum wird immer mehr auf die Karte Freizeitpark gesetzt. So ist in Chur auf einem ehemaligen Industriegelände ein Freizeitpark geplant, und in Bern soll am westlichen Stadtrand in Brünnen ein riesiges Freizeit- und Einkaufszentrum entstehen. Der Ruhm der absoluten Gigantomanie gebührt aber dem 1,3-Milliarden-Projekt Swiss Marina in

Rorschach. Dort soll eine abgeschlossene Freizeitstadt mit Erholungszonen für 7 bis 8 Millionen Gäste pro Jahr entstehen und der Stadt Rorschach zu einer neuen «Blüte» verhelfen.

Wo bleibt die Kritik?

Den anderen Park, den Nationalpark nämlich, wo die Natur dominieren soll, zeichnet gerade dieser Mangel an Künstlichkeit und inszenierter Erlebniswelt aus. Er erzeugt Erholung und Erlebnis aus sich selbst heraus, die nachhaltiger sind als alle Formen der gekauften und künstlich arrangierten Freizeit. Wir brauchen daher tatsächlich mehr von solchen Parks für unsere Freizeit und Erholung. Ihre Raumeigenschaften sind aber ganz andere als jene eines «Parc Alpin» Praktisch ohne kritische Gegenstimme werden dir heute in der Schweiz zahlreiche/Projekte von der Öffentlichkeit aufgenommen. Diese verbreitete Kritiklosigkeit im Falle künstlicher Freizeitparks ist bedauerlich.

Stiftung Landschaftsschutz Schweiz, Raimund Rodewald, Geschäftsleiter

Hochwasserschutz an unseren Fliessgewässern andere Akzente setzen lassen. Natürliche Bachläufe haben wieder mehr Chancen zu überleben, ja man korrigiert frühere Sünden wie schnurgerade Betonkanäle zurück. Andererseits sind durch die Öffnung in der Strommarktgesetzgebung verheissungsvolle Ansätze zur Renaturierung an Schweizergewässern ins Stocken geraten, ja gefährdet. Dazu gehört auch zu verhindern, dass Substanzen ins Wasser geraten wie z.B. Hormone, welche die Wasserqualität herabmindern. Fliessgewässer und ihre Umgebung sind Träger vielseitiger ökologischer, ästhetischer und vor allem emotionaler Werte. Sie müssen erhalten bleiben und vor Eingriffen bewahrt werden.

Anwaltschaft für die Natur beibehalten

Eine besondere Bedeutung haben für unseren Alltag auch die Rekurstmöglichkeiten bei Bewilligung

gen. Das Umweltschutzgesetz und das Natur- und Heimatschutzgesetz gewähren Umweltschutzorganisationen unter bestimmten Auflagen auch die Einspracheberechtigung. Das Verbandsbeschwerderecht hat auch die AQUA VIVA. Wir haben dieses Recht immer wieder auch zugunsten von kleineren und lokalen Organisationen eingesetzt. Diese Möglichkeit möchten wir weiterhin behalten, auch wenn auf politischer Ebene in den vergangenen Jahren immer wieder versucht wurde, dieses Verbandsbeschwerderecht auszuhebeln, und zwar mit der Begründung, Umweltschutzorganisationen verzögerten z.B. Baubewilligungsverfahren. Dabei ist es mehrfach erwiesen, dass die privaten Einsprecher diesbezüglich einen viel grösseren Einfluss ausüben.

Ohne Wasser, kein Leben. Tragen wir Sorge im Kleinen wie im Grossen zum lebensspendenden Nass.

Otto Zwygart, Präsident der Aqua Viva

Lebenselixier Wasser

Aus dem Tätigkeitsbericht der Aqua Viva



Automatisch werden wir bei dieser uralten Aussage ans Wasser erinnert. Wasser ist auch wirklich das Element, das für uns Menschen eine besondere Bedeutung hat. Nicht zuletzt auch deshalb, weil ohne Wasser kein Leben möglich ist. Kein Wasser bedeutet Öde, Wüste, Tod. Wir Menschen sind daher aufgerufen, Sorge zu tragen zum Lebenselixier Wasser. Wasser ist neben der Luft unser wichtigstes Verbrauchsgut. Solche Güter sind nicht uneingeschränkt und in guter Qualität verfügbar. Wir brauchen Wasser zum Trinken, für die Produktion z.B. von Lebensmitteln, produzieren Elektrizität, die uns soviel Komfort ermöglicht. Darum kann es nicht nur private Interessen geben. Das ist und bleibt auch das

Grundanliegen der AQUA VIVA. Fast so alt wie die AQUA VIVA sind Fischereibestimmungen für Massnahmen zur Verbesserung der Fischgewässer. Seit 25 Jahren warten wir leider vergeblich auf gewisse Umsetzungen aller festgelegten Bestimmungen. Darum dürfen wir nicht gleichgültig werden. Fliessgewässer und ihre Umgebung brauchen Schutz und Warner, welche weitem Gefährdungen Einhalt gebieten. Ebenso bedauerlich ist, dass vielerorts der Moorschutz noch nicht umgesetzt ist.

Gefährdung durch Strommarktgesetz

Veränderte Werthaltungen oder aufgetretene Notlagen haben den

Unverminderter Siedlungsdruck!

sda/ap/jhd. Die Verbauung und Verbetonierung des schweizerischen Territoriums schreitet mit fast unverminderter Geschwindigkeit voran, wie die neuesten Zahlen der Arealstatistik beweisen. Die Daten wurden vom Direktor Bundesamtes für Statistik, Carlo Malaguerri, am 28. Mai 2001 in Bern den Medien mitgeteilt und umfassen die 12 Jahre des Zeitraums von 1985 bis 1997. Der Bodenverbrauch für Siedlungszwecke ist in dieser Periode um 327 Quadratkilometer oder 13,3 Prozent auf insgesamt 2791 Quadratkilometer angewachsen. Dies entspricht einem jährlichen Zuwachs von 1,1 Prozent. Das neu überbaute Areal ist grösser als der Kanton Schaffhausen. Der Verlust geht zum grössten Teil auf das Konto des landwirtschaftlich genutzten Kulturlandes. Dieses ist um 482 Quadratkilometer geschrumpft und umfasst neu 15'251 Quadratkilometer. Die Schrumpfung entspricht ungefähr der Fläche des Kantons Obwalden. Die Überbauungen erfolgten vor allem im ebenen und fruchtbaren Mittelland an besten Lagen. Dort sei laut Pierre-Alain Rumley, Direktor des Bundesamtes für Raumentwicklung, ein «regelrechter Kampf um den Boden» entbrannt. Und das alles zum grössten Teil in einem Zeitraum, in welchem viele Leute eine rezessive Wirtschaftsentwicklung beklagten und die Einwanderungsbewegung deshalb leicht rückläufig war! Wie hoch wäre der Verlust gewesen, wenn in der gleichen Zeit Hochkonjunktur geherrscht hätte? Im alpinen Berggebiet hat hingegen eine Schrumpfung des Kulturlandes stattgefunden, ohne dass es

überbaut worden wäre, sondern durch Aufgabe der Alpwirtschaft. Das Siedlungsgebiet setzt sich wie folgt zusammen: 46,5 Prozent Gebäudfläche; 20,2 Prozent Baustellen, Deponien und Versorgungsanlagen; 17,6 Prozent für den Verkehr benötigtes Territorium; 9,2 Prozent Industrieareal; 6,3 Prozent Grünanlagen, Pärke, Sportplätze und zu Erholungszwecken ausgeschiedenen Gebiete.

Das Testament

Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Geschäftsleitungsmitglied Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos.

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 - 988 50 88
Telefax 071 - 988 67 61



Fragestunde vom 11. Juni 2001 – Frage Hess Bernhard (SD):

Öffentliche Gelder für nebulösen UNO-Sonderberater

Für seinen neuen Posten als «UNO-Sonderbeauftragter für Sport, Entwicklung und Frieden» erhält alt Bundesrat Adolf Ogi aus der Bundeskasse eine pauschale «Spesenentschädigung» von 120'000 Franken. Dazu einen vom Bund bezahlten Diplomaten sowie ein Sekretariat mit Büros in Genf. Das alles in Ergänzung zur bereits recht erklecklichen Pension des ehemaligen Bundesrats.

1. Wie rechtfertigt der Bundesrat die Einsetzung von Steuergeldern für diese nebulöse, kaum definierte und insbesondere überflüssige Funktion des «Sonderbeauftragten»? Soll die Schaffung und Fi-

nanzierung dieses fragwürdigen Postens gar mithelfen, den vom Bundesrat mit allen Mitteln forcierten Beitritt der Schweiz zur politischen UNO zu ebnet?

2. Wie definiert der Bundesrat den Aufgaben- und Tätigkeitsbereich des vorerwähnten Postens, wie wird über das Wirken Rechenschaft abgelegt, oder handelt es sich hier einzig um eine Liebedienerei des Bundesrates gegenüber einem ehemaligen Kollegen für eine offensichtliche Alibifunktion?

Mit schwammigen Ausführungen verteidigt Bundesrat Josef Deiss die Schaffung und Finanzierung des fragwürdigen Postens.

Rückblick auf die Volks-Abstimmung (Militärgesetz) vom 10. Juni

Wir produzieren Flüchtlinge!

WS. Frau HR Metzler hat gross gepredigt: «Mit dem JA am 10. Juni haben wir weniger Flüchtlinge!»! So ein Unsinn, laut dieser Dame müsste ja unsere Armee in fast 100 Ländern aktiv werden, denn aus so vielen Ländern kommen die Nutzniesser... Es kommt aber noch dicker! In Mazedonien verschanzen sich UCK-Kämpfer. Das sind zumeist Albaner. Albaner haben ihre Basis in der Schweiz. Viele UCK-Kämpfer kämpfen in Schweizer Tarnanzügen und mit Schweizer Ausrüstung, die sie hier bei der Liquidierung unserer

Armee billig erstanden haben. Das gilt auch für viele Waffen! Die Albaner erheben hier auch eine Art Steuer, um so ihre Einsätze in Ex-Jugoslawien zu bezahlen.

Es ist also eine absolute Lüge von BR Metzler; richtig ist, mit unserem Asylleerlauf, der zum Himmel stinkt, produzieren wir noch mehr Chaos, Not und Flüchtlinge und das Schöne daran ist die Tatsache, dass diese neuen Flüchtlinge ganz bestimmt in die Schweiz kommen werden, denn hier haben sie schon so viele Verwandte...

Jürg Lehmann vom «Blick»

Die wirklichen Feinde unseres Landes sind nicht gegnerische Parteien, oh nein, es sind als Partei agierende Zeitungen! Mir Blick auf den 10. Juni hat selten eine Publikation die Kontra-Argumente abgedruckt; dafür umso mehr Pro-Artikel. Leserbriefe werden immer

mehr gekürzt, verändert oder gar nicht gebracht. Andere bringen Leserbriefe in letzter Minute, alles auf einmal, sodass keine Meinungsbildung stattfinden kann. Immer früher «schliessen» Publikationen die Leserbrief-Seite, oft nachdem sie gar nie richtig begonnen hat.

Dazu kommen dann all die Manipulationen und Sensationsartikel im Umfeld der Abstimmung, die den Gegnern schaden sollen. Schliesslich sind die Kommentare der Herren Obermanipulatoren etwa eines Jürg Lehmann vom Blick nicht zu vergessen. Sie be-

trachten uns Bürger als Idioten; was wir ja im Grunde nicht einmal leugnen können, denn wir bringen den Verlegern trotz allem Inseratenmillionen in die Kassen! Besonders bedenklich: Blick, Tagi, St. Galler Tagblätter uva. Bitte mir weitere Fälle melden.

Der Leser hat das Wort



Unkluges Sponsoring

Dass die UBS sich zugunsten der beiden Militärgesetzvorlagen mit einem Scheck (Fr. 200'000.-) als äusserst parteiisch entpuppt hat, wundert keineswegs: Schliesslich winkt ein sehr lukratives Geschäft

mit der «Partnership for peace» und der sich daraus ableitenden «logischen Bewaffnung». Eine Grossbank wie die UBS, sollte sich jedoch im Interesse der Vielfalt ihrer Kundschaft nicht neutralitätswidrig und tendenziös einem politischen Abstimmungslager anbieten.

Wie reagieren wohl UBS-Kunden deren politische Überzeugung (dies dürften nicht wenige sein!) sich im entgegengesetzten Lager befindet? Nicht vergessen werden darf, dass schliesslich der Bankkunde dieses Sponsoring in Form von Gebühren und Spesen bezahlt und nicht einfach «die Bank». – Eine politisch ausgewogene Geschäftsphilosophie stünde der UBS – im Hinblick auf ihre Expansionsgelüste – viel besser an.

Marcus Stoercklé junior,
Basel

Die «spitze Feder» unseres Zentralpräsidenten Rudolf Keller:

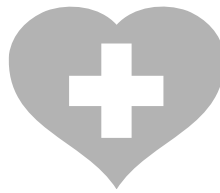
SBB: Ich bin schwarz gefahren



Rudolf Keller,
SD-Zentralpräsident,
Frenkendorf

Kürzlich entschloss ich mich, an einem Sonntag mit der SBB von Frenkendorf/Füllinsdorf ins Züri- bilet zu fahren. Aber da hatte ich die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der Bahnhof ist am Samstag und am Sonntag geschlossen und ein Biletautomat aus dem letzten Jahrhundert steht am Bahnhof. An diesem veralteten Apparat war es mir nicht möglich, ein Bilet von Tecknau nach Olten zu lösen. Und sollte gar jemand auf die dreiste Idee kommen, mit REKA-Cheques bezahlen zu wollen, dann vergisst man das besser. Da die SBB auch am Kondikteur-Personal sparen, konnte ich auch im Zug das Bilet nicht nachlösen. Also fuhr ich einen Teil der Strecke ohne Bilet. Was bleibt denn anderes übrig? Ich, der immer um Korrektheit bemühte Mensch, bin nun also zum Schwarzfahrer gemacht worden! Anlässlich der letzten Gemeindeversammlung fragte ich den Gemeinderat an, was getan wird, um den Bahnhof zu retten. Aber offen-

bar darf man das nicht fragen, denn tatenlos wird von den Regierenden in Frenkendorf und Füllinsdorf (rund 11'000 Einwohner!) hingenommen, dass in einigen Tagen der Bahnhof endgültig geschlossen wird. Es ist eine Schande für die SBB und es ist eine Schande für die Politiker, die dem einfach so zusehen. Die Öffentlichkeit wurde darüber nur am Rande informiert, viele Leute werden von der Schliessung noch gar nichts wissen. In Konsequenz dessen müsste man eigentlich alle Zugfahrenden auffordern, auf den Privatverkehr umzusteigen. Seinen oder seine Ferienkoffer kann man ohnehin schon längere Zeit nur noch in Liestal aufgeben. Und wie kommt jemand ohne Privatwagen nach Liestal? – Richtig, mit dem Taxi, Kostenpunkt Fr. 20.-. Ich frage mich immer mehr, in welcher Welt wir leben. Die Mär von der Förderung des öffentlichen Verkehrs glaube ich ohnehin schon lange nicht mehr. Es war wohl der grösste Fehler, dass auch bei der SBB privatwirtschaftliche Grundsätze Einzug gehalten haben – Abbau, Abbau und nochmals Abbau von Dienstleistungen ist die Folge. Bei der Post, beim Telephon und beim... läuft es genau so. Alle diese Dienste sind deshalb klar in Staatshand zu führen. Sie gehören zu den Grundangeboten, welche wir Steuerzahlenden eigentlich zugute haben!



Le raison du plus fort...

Dans le cas des votations de ce dimanche, ce n'est certainement pas la meilleure. En effet, la même tactique qui avait été utilisée avant et après les votations de «Oui à l'Europe» est employée aujourd'hui. Ainsi on nous avait affirmé que la question ne concernait que le port d'arme de nos soldats à l'étranger comme moyen de défense exclusivement, et que notre sieur Schmidt voulait à tout prix «protéger la paix», et seulement la paix. Qu'entendons-nous le lundi matin aux nouvelles? Un porte parole de la Swisscoy se félicite du résultat positif obtenu qui permettra, grâce au OUI des citoyens, de «PARTICIPER A DES ACTIONS MILITAIRES». Merci à nos autorités pour leurs mensonges et leurs désinformations.

Il est bien clair que les résultats ne donnant aux OUI que 2% d'avance sur les NON, prouvent que la confusion régnait dans les esprits, les OUI répondant sans trop se poser de questions au fait de porter des armes ou non, les NON reflétant une réflexion allant plus loin prenant en considération les détails figurant entre les lignes de l'article constitutionnel.

Le paradoxe devrait sauter aux yeux des citoyens lorsque le Conseil Fédéral affirme que ses recommandations sont basées sur la neutralité et la défense de la paix. En même temps il ouvre une nouvelle organisation internationale à Genève dans cette perspective tout en armant, par le biais de ce nouvel article constitutionnel accepté de justesse, des volontaires bien payés

avec du matériel lourd fait pour l'attaque et pas la paix. Heureusement que le canton de Genève, pour une fois, est resté conséquent avec lui-même en votant NON.

Pour couronner cet état de fait mitigé, et pour occulter une trop petite victoire, les médias et les représentants officiels se mettent à crier tous azimuts et à l'avance, que la bataille sera dure pour l'entrée de la Suisse à l'ONU «puisque les votations de ce dimanche étaient un coup d'essai en vue de cette future étape». Veut-on déjà faire pression sur les citoyens récalcitrants? Attendez-vous, bonnes gens, à être montré du doigt pendant l'année qui vient, vous serez accusés d'être des internationaux retardés nationalistes, on utilisera les mêmes arguments pour vous accuser de n'être pas assez utopistes, d'être égoïstes et avarés et de ne penser qu'à votre petit réduit paisible surnageant au-dessus des conflits qui ruinent cette planète.

De toutes façons, qu'est-ce que cela changera? Nous sommes embarqués depuis la naissance, que nous le voulions ou non, sur un immense cercueil contenant dans son sous-sol, depuis des millénaires, des milliards de cadavres d'hommes et d'animaux qui se sont entre déchirés, entre-dévotés, et entre tués à qui mieux-mieux. On ne peut, dans ces circonstances que soupirer: «Qui vivra, verra» ... mais en étant persuadés que la raison du plus fort sera toujours la meilleure. La paix est une utopie!

Mary Meissner

Le retour du balancier

Ne trouvez-vous pas que cela sent la guerre? En regardant hier le film où Anthony Quinn joue dans les Canons de Navarone, j'ai été emportée soixante ans en arrière. Il y avait alors une sorte d'atmosphère bizarre, comme désincarnée, qui nous faisait penser et agir comme dans un brouillard de rêve. Les articles de journaux, les nouvelles au télé journal, une ambiance de fin du monde, brouillaient mon esprit tout en me laissant d'une manière troublante en dehors du conflit et loin des déflagrations mondiales de cette seconde guerre qui avait

éclaté si vite après celle de 14-18, dans laquelle j'étais née, en France près de Verdun.

Ainsi de voir à la maison Blanche un autre Eisenhower sous les apparences de Bush et de son bouchier des étoiles, au Quirinal un Berlusconi aux ambitions mussoliniennes, les intrigues tonnantes en ex-Yougoslavie comme après Sarajevo, de revoir de plus en plus souvent des films de guerre d'il y a 40 ou 50 ans, d'en voir de nouveaux comme Apocalypse now, ou Pearl Harbour sur grand écran, me bouleverse et me fait peur, car je sens revenir cet-

te odeur de guerre très particulière qui se dilue dans les larmes tombant du ciel.

Un nouveau mur der Berlin va se reconstruire ailleurs sur une autre frontière puisque Poutine joue à son petit tsar stalinien, la vente d'armes et de Frégates ou de «forteresses volantes», F/18 aujourd'hui ou avions furtifs se construisent à un rythme accéléré, et c'est ce moment que la Suisse choisit aux nous intoxiquer avec un changement d'armement militaire, de capitulations pacifiquement armées, d'échanges dangereux qui sentent la poudre. On dirait que nos conseillers fédéraux savent des choses graves qu'ils n'osent pas dévoiler, et que c'est, croient-ils, la meilleure manière de préparer l'opinion

publique à faire face à une nouvelle conflagration.

Toutes les banques dans le monde y compris les suisses elles-mêmes qui ont été les plus grandes bénéficiaires de ces marchés d'armement contre vies humaines et milliards s'engrangeant dans leurs sous-sols se sont empressées, comme l'UBS, de verser fr. 100'000 au PS pour que le 10 juin, le lobby militaire emporte la victoire. Espérons que le nouveau peuple helvétique métissé et multiculturalisé, saura encore une fois se démarquer d'une folie générale qui lentement se met en place à travers les 57 conflits planétaires qui font rage aujourd'hui.

Cassandra

Le Pileri

Antisémitisme

Alors que dans nos journaux, une polémique s'installe à travers des lettres de lecteurs de plus en plus virulentes concernant le conflit larvé entre Palestiniens et Israéliens, il y a souvent des accusations lancées à défaut d'autres arguments plus logiques, d'antisémitisme. Je voudrais faire remarquer que Juifs et Palestiniens sont tous des sémites, donc cette manie qui consiste à jeter l'antisémitisme comme anathème n'importe comment et contre n'importe qui pour avoir raison est une aberration.

La violence à l'école

Alors que les cantons romands discutent sur la prévention de la violence dans les écoles, les enseignants dans le canton d'Argovie demandent plus de sanctions et de sévérité contre les perturbateurs, 800 d'entre eux exigent que le droit pénal des mineurs soit plus sévèrement appliqué aux auteurs de troubles. Ils estiment que la justice doit prononcer des amendes, des peines d'emprisonnement et des exclusions des établissements scolaires.

Quand donc nos profs romands qui se font insulter et agresser physiquement, agiront-ils de concert avec les Argoviens afin de renfoncer sur le plan fédéral les sanctions qui devraient être appliquées grâce au droit pénal des mineurs?

Que fait l'ONU?

Je pense que cette question devrait être soulevée et discutée au sein de

cette super organisation pacifique ayant pignon sur rue à Washington et à Genève, concernant les pires exactions commises par ses membres. Ne parlons maintenant pas de la circonscription et de l'excision qui sont des usages religieusement tabous ce qui n'excuse rien, mais des castes en Inde qui refuse d'appliquer l'article interdisant ce système et figurant dans leur Constitution. Ceci devrait s'appliquer à 200 millions de Dalits (intouchables). Ce nombre impressionnant de sous-hommes et femmes dans ce pays soi-disant démocratique reflète la bêtise, l'égoïsme et l'indifférence, sinon le mépris que les Indiens faisant partie de l'ONU, ont vis-à-vis des Droits de l'Homme et de cet organisation qui devient inutilement coûteuse et paralysée par des lobbies antidiluvien. Voulons nous aller bêler avec eux?

Taux unique

C'est malheureux de constater une fois de plus, que les fonctionnaires qui sont délégués par les citoyens à des postes politiques responsables, soient tellement incompétents, collés à leurs petits intérêts et sont incapables de penser canton et non commune.

Ainsi il n'y aura pas l'instauration d'un taux unique dans le canton de Genève entre les communes, car la Commission fiscale du Grand Conseil admet le principe d'une certaine concurrence. Le plus acharné est le président du parti radical Pierre Froidevaux. Des statistiques

ayant montré que les impôts communaux à Genève ne représentent que 25% contre 42% dans le canton de Vaud, les ristournes interviendront un jour avec les impôts sur le lieu de travail.

Mais tout cela c'est du bla-bla-bla. Car je me demande pourquoi la commune de Vernier par exemple, qui est le dépotoir de Genève avec les citernes à mazout, l'aéroport, l'usine des Cheneviers, la station d'épuration d'Aire qui reçoit les eaux usées des communes françaises avoisinantes, l'usine à gaz, un grand dépôt de pneus et l'exploitation des gravières, demande 50 cts. additionnels, alors que Cologny qui se prélassait au bord du lac loin de toutes ces nuisances, n'en demande que 32. Est-il logique que les communes qui sont les plus mal loties du point de vue de la qualité de la vie, doivent payer plus? Ce devrait être le contraire! Pour avoir ses aises, ce sont les Colognotes et autres habitants de la rive gauche du lac qui devraient payer cette tranquillité.

On parle de refonte de péréquation des personnes physiques, mais Anne, ma sœur Anne...

Loft Story

Voilà le sujet de conversation depuis quelques semaines. D'aucuns diront que c'est mieux que les pokémons, mais ce nouveau hobby peut affecter les esprits faibles, ou malins. Il y a eu même un Droit de Cité consacré à cette nouvelle

manie. Ce qui m'a rassurée, c'est qu'il n'y eut qu'un jeune alternatif aux cheveux hirsutes gominés pour se pâmer d'aise et un seul participant plus âgé à défendre la liberté d'expression que s'avéra n'en être pas une, puisque les dessous du décor c'est une préparation des thèmes choisis, à vivre selon un rythme publicitaire mettant en exergue tel ou tel produit, ou défendant telle ou telle autre marchandise. Si la chaîne M6 gagne tellement d'argent avec ce nouveau programme qui est suivi par des gogos heureux, c'est parce que les publicités ouvertes ou déguisées sont largement payées. Heureusement les autres invités de Droit de Cité n'ont pas manqué et parmi eux deux très jeunes gens, de se moquer des participants et des voyeurs. Tout n'est pas pourri au royaume du Danemark.

Vive les Piqueries

Vous ne savez pas que les shootoires pour toxicomanes sont appelés ainsi au Canada. Notre société décadente préfère empoisonner une partie de sa jeunesse délirante, faiblarde et revendicatrice en lui offrant seringues et drogues, plutôt que de perdre son temps à vouloir faire boire des ânes qui n'ont pas soif, car c'est un exercice tuant. Tiens donc! tuant pour qui?

Attention une marée se prépare

Selon des renseignements venus de Prague qui ont transité par les ser-

vices secrets allemands d'après Pierre de Villemarest, une vaste émigration se prépare vers l'Ouest déjà dans l'année qui vient. Elle serait programmée portant sur 2 millions de Russes, Biélorusses et Ukrainiens, la Tchèque servant de lieu de passage. Ne nous étonnons donc pas que nos édiles obéissant aux ordres du mondialisme, soutenus par nos différents médias aux mains de ces mêmes mondialistes nous rebattent les oreilles du manque de main d'œuvre à venir dans les firmes occidentales et que nous devons importer dans chaque pays entre 100 et 200'000 ouvriers par année. Il suffit de réfléchir pour se rendre compte qu'en important tant de migrants, la pénurie se nourrira d'elle-même pour donner satisfaction à cette augmentation de population. De qui se moque-t-on?

Euro fer de lance

44 ans après 1957, les apatrides paniqués à l'idée qu'ils pourraient échouer, multiplient les déclarations les plus mensongères et précipitent l'entrée dans l'Euro comme si, faute de convaincre l'opinion, ils croyaient qu'en poussant à hue et à dia, ils arriveront à leur fin. Quelle fin? Un carcan contrôlable englobant les quinze et à plus long terme les autres pays de l'Est. Une facilité de manoeuvre monétaire totalitaire englobant les vues déjà peu nettes de la Banque Mondiale (BM)! Les quinze changent subitement de discours en évoquant l'Europe des Nations selon la proposition de l'Allemand Schröder, car ils s'aperçoivent que leurs peuples ne les suivent plus aussi aveuglément. Quel changement de direction depuis que la théorie de Jean Monnet qui promouvait d'abord l'abolition des frontières et la suppression des nations a du plomb dans l'aile! L'Euro leur sert de palliatif car ils promettent un nouvel ordre paradisiaque, mais ce n'est en réalité qu'une ineptie socialo-libérale qui permettra après deux mois déjà, par la suppression des autres monnaies nationales, des hausses de prix cachées. Bizarrement, c'est ce moment que choisit Schröder pour proposer la transformation de la Commission européenne en Gouvernement. Que le Conseil de l'Europe se transforme en Chambre des Etats, que cette Chambre contrôle le gouvernement, pour que cessent ces mic-macs intergouvernementaux dans lesquels se complaît Paris, ce serait une bonne chose, car depuis que la CE existe, jamais personne n'a contrôlé personne. Bruxelles s'ingère partout dans notre vie quotidienne grâce à la soumission de nos députés qui ne sont là que pour faire passer des décisions et des lois prises ailleurs que chez eux par des fonctionnaires inconnus. Nos députés sont payés pour ne rien dire sauf pour des amendements secondaires de textes concoctés à Bruxelles et que le

peuple ignore. Ne nous étonnons pas des réticences de la Suisse qui refuse de capituler devant des ukases jamais sanctionnés, même après les vingt cas de détournements de fonds de millions d'Euros dans la ventilation de Bruxelles ces dix dernières mois, donc sans procès et sans sanction.

Cela dit, Schröder demande de renforcer les droits des citoyens. Parfait! Mais comment seront ils appliqués puisqu'ils existent déjà à condition d'être politiquement corrects? Les clubs et les loges sont à l'écoute et s'empresseront de court-circuiter les décisions qui leur seront défavorables.

Octopus

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS** 

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch



Hess Bernhard:

Deniers publics pour un obscur poste de conseiller spécial de l'ONU

Pour sa vocation de «conseiller spécial de l'ONU pour le sport, la paix et le développement», l'ancien conseiller fédéral Adolf Ogi recevra de la caisse fédérale une contribution unique de 120'000 francs et se verra attribuer un diplomate et une secrétaire rémunérés par la Confédération, ainsi qu'un bureau à Genève. En plus de sa retraite passablement confortable d'ex-membre du gouvernement fédéral.

1. Comment le Conseil fédéral justifie-t-il le fait qu'il utilise l'argent des contribuables pour financer ce

poste obscur, mal défini et surtout inutile de «conseiller spécial»? La création et le financement d'un poste aussi contestable seraient-ils une façon de plus pour le Conseil fédéral de forcer par tous les moyens l'entrée de la Suisse à l'ONU? 2. Comment définit-il le champ d'activité et le cahier des charges du poste susmentionné? Comment M. Ogi rendra-t-il compte de ses activités? Ou a-t-on affaire ici uniquement à une vile complaisance du gouvernement envers un ex-collègue, faisant à l'évidence fonction d'alibi?

Invitation du parti des Démocrates Suisses (DS/AN) à la grande manifestation du

1er-Août

pour-fêter ses 40 ans d'existence

Nous fêtons un grand jubilé organisé par la section des DS de Wil et environs, au restaurant «Nollen» qui se trouve dans la commune de Hosenruck (TG). (Voir plan de situation)

Une inscription n'est pas nécessaire. – Un bus spécial partira à 10 h de la station des CFF de Wil (SG)

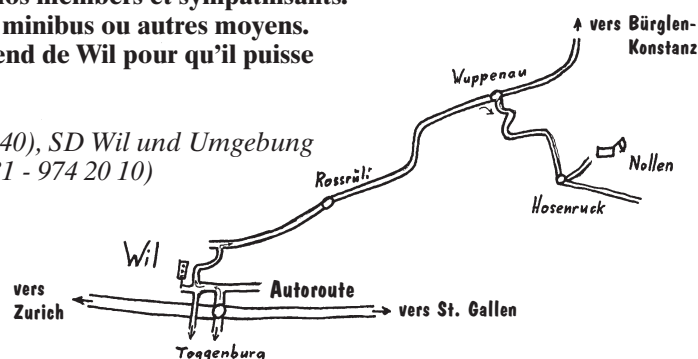
- 10.15 Uhr Musikalischer Auftakt mit Fahنشwingern, Alphornbläsern und der Ländlerkapelle Toggenburger Gruss
Begrüssung durch Gemeinderat Hans Wohlwend, Wil
- 10.15 h réception en musique avec lancer de drapeaux, cors des Alpes et chœur de bienvenue par les Ländlerkapelle de Toggenburg
Discours du maire de Wil, Hans Wohlwend
- 10.30 h Discours de bienvenue de Bernhard Hess, secrétaire central des DS et conseiller national, Berne
Salutation de la Suisse romande par Lonny Flückiger, Cernier
- 11.00 h Mise aux enchères de...
- 11.15 h Interlude par le chœur du Club de Jodlers de Wil
- 11.30 h Les 40 ans du parti des Démocrates Suisses/Action Nationale présentés par l'ancien conseiller national Hannes Steffen, Fischenthal
- 12.00 h bis 14.15 h Repas de midi en commun
- 14.15 h Résultats de la vente aux enchères agréments par le chœur de la Ländlerkapelle du Toggenburg
- 14.30 h Pause musicale par le club de Jodlers de Wil. Lancer de drapeaux et cors des Alpes
- 14.45 h Discours du Président Central, ancien conseiller national, Rudolf Keller, Frenkendorf
- Pour terminer, nous chanterons tous ensemble l'hymne national accompagnés des jodlers de Wil, et du chœur des Ländlerkapelle Toggenburger
- 16.00 h Fin de la manifestation
- Menus: Rôti de viande hâchée, pommes purées et légumes fr. 16.50
Ragoût de veau, pommes purées et légumes fr. 18.50
Lasagne aux légumes fr. 11.50

Nous comptons sur une participation importante de nos membres et sympathisants. Nos sections sont priées d'organiser les transports en minibus ou autres moyens. Les grands bus doivent être annoncés à Hans Wohlwend de Wil pour qu'il puisse réserver les places de parking.

Les organisateurs sont: Hans Wohlwend (071 - 911 11 40), SD Wil und Umgebung DS Wil/DS Suisse: Rudolf Keller et Bernhard Hess (031 - 974 20 10)

Comment arriver en voiture à Nollen?

Ci-dessous un plan détaillé partant de l'autoroute Zurich-St. Gall, avec accès sur Wil-Wuppenau où l'on rejoint l'embranchement conduisant à Nollen.



Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
*Rudolf Keller, SD-Zentral-
präsident, Frenkendorf*
*Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)*
*Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)*
*Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Einwohnerrat, Baden*
*Alexander Nyffenegger,
stv. Parteisekretär, Bern*
*Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen*
Hans Steffen, Fischenthal

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Revision des Radio- und Fernsehgesetzes:

SD fordern mehr einheimische Musik am Radio

Für die Schweizer Demokraten (SD) vernachlässigen Schweizer Radiostationen Schweizer Musik und einheimisches Musikschaffen stark. In ihrer Vernehmlassungsantwort zum Radio- und Fernsehgesetz fordern die SD zur Förderung und Erhaltung einer eigenständigen schweizerischen Musikkultur eine Quote für einheimische Musikwerke. Mittels Motion im Nationalrat doppelt Musik-Patriot Bernhard Hess nach: Wie der Musikrat, die Action CH-Rock und zahlreiche Musikschaffende verlangt auch er eine einheimische Musik-

quote von 20 Prozent, was ein bis zwei Titel pro Sendestunde entspricht.

Mit der Erfüllung der vorgeschlagenen Quote würde sich der Anteil einheimischer Musik am Radio mindestens verdoppeln und dem reichhaltigen schweizerischen Musikleben wichtige Impulse geben. Die vorgeschlagene Sendequote dient zudem auch zur Eindämmung des fortschreitenden anglo-amerikanischen Kulturimperialismus, der insbesondere auch in der Musikbranche (weltweit) seine Konditionen diktiert.

Die SD erkennen zudem die Wichtigkeit der Bergradios für die Schweiz, welche nicht allein dem freien Markt überlassen werden dürfen, da sie sonst von Grossverlagen und den Grossstädten übernommen werden. Die SD streben deshalb eine föderalistische Struktur der elektronischen Medien in der Schweiz an. Eine Aufteilung der Radio- und Fernsehgebühren ist für bestimmte regionale Sender unabdingbar.

*SD-Medienmitteilung vom
18. Juni 2001, Bernhard Hess,
Nationalrat, SD-Zentralsekretär*

Hilfe, wir sind dumm geworden!

Einst fragten Bundesrat und Ausverkaufspolitiker: «Wollt ihr Schweizer Blauhelme...?» NEIN, hiess das klare Volksverdict! Dann liessen die Heuchler in Bern «Gelbmützen» nach Kosovo fahren? – welche Frecheit. Um das Volk zu beruhigen (die Medien waren einmal mehr Partei) hiess es «...es sind alles Freiwillige und Waffenlose...sie verletzen unsere Neutralität so sicher nicht.» – auf den 10. Juni predigten Bundesrat und Ausverkaufspolitiker die Parole: «Schweizer sind wehrhaft...Schweizer müssen sich schützen können...» – Was für eine unsägliche Ironie und Verdrehung unserer Werte! Schweizer

sind wehrhaft, waren es immer, aber nur, um sich zu verteidigen, im eigenen Lande! Das ist doch sonnenklar; trotzdem ist das Volk auf

diesen Trick hereingefallen. Es ist zum Weinen, denn wir wurden aufs Kreuz gelegt von den eigenen «Volksvertretern»...

Einbürgerungsrekord 2000

Im Jahr 2000 stieg die Zahl der Einbürgerungen in der Schweiz um sage und schreibe 40,3 Prozent auf 30'452 Personen. Hauptgründe für diese markante Zunahme seien mehr Einbürgerungsgesuche, vereinfachte Einbürgerungsverfahren bei Kantonen und Gemeinden; ausserdem hätten Pendenzen abgebaut werden können.

Die grösste Gruppe Eingebürgerter stellten im Jahr 2000 – bei rückläufiger Tendenz – die Italiener (6938 Personen). An zweiter Stelle standen zuvor jugoslawische (3277),

türkische (3133) und französische (2685) Staatsangehörige. Die stärkste Zunahme, volle 147 Prozent Mehreinbürgerungen, war von Staatsangehörigen aus Bosnien-Herzegowina zu verzeichnen. Die Zahl der im ordentlichen Verfahren eingebürgerten Personen belief sich auf 20'418. Erleichtert eingebürgert wurden 9759 Gesuchsteller, grösstenteils ausländische Ehepartner von Schweizerinnen und Schweizern sowie ausländische Kinder eines schweizerischen Elternteils.

Schicken Sie mir bitte

..... unverbindlich Unterlagen über die SD

..... Exemplare des SD-Aufklebers «D'Schwiizer zerscht!»

Radio DRS ärgert konstant!

WS. Immer wieder reden bei Carte blanche (Montag-Morgen) Leute an unserem Radio, die viele zum Kochen bringen. Meist ist es Blabla gegen unser Land, für eine Öffnung, Einwanderung, einen UNO-, EU- oder NATO-Beitritt oder noch largere Asylverfahren.

Am 11. Juni war wieder Alt-Bundesrat Rudolf Friedrich, Winterthur, an der Reihe! Er wird abgelöst von Sigi Feigel und Co. Schreiben Sie dem Radio, Abteilung Information, Direktion, 3001 Bern und verlangen Sie endlich das Ende dieses unwürdigen Missbrauchs! Verlangen Sie im Anstand gleich lange Spiesse für alle!



Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Nr.: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Bitte senden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern